

# ARBEITSLOSIGKEIT

- URSACHEN - WIRKUNGEN - LÖSUNGEN -

Und ein Vorschlag  
zur Neugestaltung  
der Arbeitslosenversicherung

Ein ordnungspolitischer Beitrag

von

TRISTAN ABROMEIT

Ende 1977

# Arbeitslosigkeit

ist ein Thema mit dem sich gezwungener Maßen viele Zeitgenossen auseinandersetzen müssen.

Diese Schrift wendet sich an die unmittelbar betroffenen arbeitslosen Arbeitnehmer (die ja die eigentlichen Arbeitgeber sind, denn ihre Arbeit will keiner nehmen) sowie Hochschulabsolventen, die bemüht sind ihre eigene Lage verstehen zu lernen.

Diese Schrift wendet sich aber auch an Studenten der Sozialwissenschaften, an Volks- und Betriebswirte und Wirtschaftspolitiker, die sich noch die Zeit nehmen theoretische Texte zu lesen.

Angeboten werden ungewohnte marktwirtschaftliche Denkansätze zum Problem Arbeitslosigkeit, die die Arbeitslosen entlasten und zu einer brauchbareren Kapitalismuskritik hinführen, als sie vom Marxismus angeboten wird.

Der Text enthält eine Vielzahl von Quellenhinweisen, die für das weitere Studium des Lesers nützlich sind.

Gemäß der zweiten Zielsetzung dieser Schrift soll in ihr auf Informationsquellen hingewiesen werden, die in der Wirtschaftswissenschaft sträflich vernachlässigt wurden. Das darf nicht als eine platte Mission für eine Ökonomieschule angesehen werden. Angesprochen ist hier der kritische, nicht der gläubige Leser. Ein kritischer Leser ist aber nur der, der sich in das Niemandsland zwischen gläubiger Ablehnung und gläubiger Aneignung von Theorien vorwagt.

# INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Ziele dieser Arbeit .....	4
Inhaltsbeschreibung der 3 Teile .....	6
Vorbemerkungen .....	7
Erster Teil .....	8
Zweiter Teil .....	22
Dritter Teil .....	43
Ein Nachwort, das auch als Vorwort gelesen werden kann.....	46
Hinweise auf freiwirtschaftliche Literatur und Bemerkungen über freiwirtschaftliche Verleger und Autoren .....	50
Kontaktadressen .....	53
Quellen und Anmerkungen zum Ersten Teil .....	53
Notiz vom Februar 2004 .....	61

Anmerkung vom Februar 2004: Die Textziffern (= TZ) stehen im Originalmanuskript vor den jeweiligen Absätzen. Sie dienen der leichteren Bezugnahme. Ich habe sie jetzt jeweils über die Absätze gesetzt, weil ich nicht weiß, wie ich sie mit meinem Schreibprogramm in die ursprüngliche Position bringen kann.

*Der Liberale des 19. Jahrhunderts war  
ein Radikaler, und zwar in doppelter  
Hinsicht: Im etymologischen Sinn jemand,  
der den Dingen auf den Grund, an die  
Wurzel geht, und im politischen Sinn jemand,  
der sich für die großen Veränderungen  
in den sozialen Institutionen einsetzt.  
In diesem Sinn muß sich sein moderner Erbe verhalten.*

Milton Friedmann in *Kapitalismus und Freiheit*, S. 25

## ZIELE DIESER ARBEIT

### TZ 1

Erstes Ziel ist es, die Arbeitslosen zu entlasten und nachzuweisen, daß sie sich auch dann noch marktwirtschaftlich richtig verhalten, wenn sie die Arbeitslosenversicherung in einer Weise beanspruchen, die am Rande der Legalität liegt oder die den Vorstellungen der Arbeitgeberverbände nicht entspricht.

Belasten möchte ich - in der Hoffnung, dadurch bewußtseinserweiternd zu wirken -

- a) die Sozialwissenschaftler, die - vom Staat alimentiert - in ihrer Mehrheit ihrem Auftrag, nämlich wissenschaftlich zu forschen, nicht nachkommen;
- b) die Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates, die letztlich die Verantwortung für die gesellschaftlichen Zustände tragen, sich aber dieser Verantwortung entziehen, indem sie sich hinter Sach-, Fraktions- und sonstigen Zwängen verschanzen.

Das Schutzschild dieser privilegierten Gruppen, daß da heißt: „Es gibt keine Patentrezepte!“ darf nicht länger dazu dienen

- a) fehlendes Denkvermögen zu ersetzen und
- b) Partikularinteressen zu verschleiern.

Ermuntern möchte ich ausdrücklich Studenten der Sozialwissenschaften, insbesondere der Volkswirtschaftslehre, Wesentlicheres im Studium zu erwerben als das, was im Regelfall die Brotgelehrten anbieten.

## TZ 2

Zweites Ziel dieses Beitrages ist es, die Diskussion um die Behebung der Arbeitslosigkeit aus der Sackgasse herauszuführen, indem auf Informationsquellen hingewiesen wird, die bisher leichtsinniger Weise ungenutzt blieben. Das freiwirtschaftliche Instrumentarium zur Konjunktur- und Währungsstabilisierung - von dem die Rede sein wird, ist so weit ausgereift, daß es in wenigen Wochen eingesetzt werden könnte, wenn die Grundelemente in ihrer Wirkungsweise von den verantwortlichen Währungs- und Wirtschaftspolitikern begriffen werden. Die praktische Erprobung dieses Instrumentariums hat bereits stattgefunden, u.a. 1932 in Österreich. Bekannt ist die Erprobung geworden unter dem Begriff „Wunder von Wörgl“.<sup>1</sup>

## TZ 3

Drittes Ziel des Beitrages ist, arbeitslose Hochschulabsolventen und- Arbeitslose aus praktischen Berufen mit Fähigkeiten und Neigungen für theoretische Arbeiten im sozialwissenschaftlichen Bereich zur Gründung eines Arbeitsdienstes besonderer Art zu motivieren. Dieser Arbeitsdienst - das sei deutlich gesagt - ist keine Lösung des Arbeitslosenproblems im Sinne des Themas, kann keine Massenorganisation werden, sondern er soll einer begrenzten Zahl von weiblichen und männlichen Mitbürgern eine Zukunftschance geben und kann darüber hinaus bestenfalls als Modellgruppe dienen. Wenn Bedenken gegen den Begriff Arbeitsdienst bestehen, weil die Einrichtungen, für die dieser Begriff steht, von den Nationalsozialisten korrumpiert und umfunktioniert wurde, so kann ein neuer oder anderer Begriff geprägt oder gesucht werden. (Die Idee stammt in dieser Form vom Verfasser, der 1966 selbst die Erfahrung gemacht hat, die heute 1/3 der Hochschulabsolventen ohne Anfangsstellung machen müssen.<sup>2</sup> (Kontaktadresse für Interessenten und Förderer am Schluß).

Aufgaben dieser Gruppe, hier Arbeitsdienst genannt, sollen sein:

- a) Gegenseitige Hilfestellung bei der Arbeitseingliederung durch aktives gemeinsames Tun,
- b) Förderung jugendlicher Arbeitsloser,
- c) kritische Durchleuchtung der Theorien und der Literatur zur Arbeitslosigkeit,
- d) Gründung eines unabhängigen sozialwissenschaftlichen Instituts mit jenen Mitgliedern des Arbeitsdienstes, die darin eine Chance des Broterwerbs und der Selbstverwirklichung sehen.
- e) Beratung und Hilfestellung bei der Gründung von Kleinunternehmen durch Arbeitslose u.a.

## INHALTSBESCHREIBUNG

### TZ 4

Dieses Papier ist im positiven Sinne ein Pamphlet, eine politische Streitschrift, nicht mehr und nicht weniger. Es besteht aus drei selbständigen Teilen, die sich z.T. thematisch überschneiden. Auf eine strenge Gliederung wurde bewußt verzichtet, damit sich die Dynamik und Betroffenheit, die das Thema in mir auslöste, im Text widerspiegelt und sich auf den einen oder anderen Leser überträgt. Es ist der Versuch, eine geistige Kettenreaktion auszulösen.

### TZ 5

Im 1. Teil diskutiere ich alte und neue Erklärungen für die Ursachen der Arbeitslosigkeit, gehe auf die Vorschläge und Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ein, untersuche das Verhalten von Arbeitslosen als Subjekte in einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung und stelle die Frage nach der Strategie zur Überwindung unserer gesellschaftlichen Misere.

### TZ 6

Im 2. Teil versuche ich, an Hand von Zitaten und eigenen Kommentaren die selbstverschuldete Überforderung unserer Parlamente und die wissenschaftliche Unredlichkeit in der Sozialwissenschaft sichtbar zu machen. (Ich sage bewußt Sozialwissenschaft und nicht Wirtschaftswissenschaft, weil der erste Begriff umfassender ist und ich mir nicht vorstellen kann, daß z.B. in der Soziologie eine vernünftige Aussage zur Gesellschaftsgestaltung gemacht werden kann, wenn sie auf ungenauen oder falschen Analysen der Ökonomie aufbaut oder die Ökonomie außer Betracht läßt).

### TZ 7

Im 3. Teil skizziere ich dann die Neuordnung der Arbeitslosenversicherung. Ich beschreibe die Prämissen, von denen ich ausgehe. Das Arbeitslosenrisiko wird in ein großes und in ein kleines Risiko unterteilt.

## VORBEMERKUNGEN

### TZ 8

Die Arbeitslosigkeit ist selbstverständlich kein isoliertes Problem unserer Volkswirtschaft. Ein Teil der Anmerkungen dient dazu, die Verflechtung mit anderen Problemen deutlich zu machen.

### TZ 9

Pauschalierungen, wie sie z.B. in der Zielbeschreibung 1 verwendet wurden, haben nur mit der üblichen Einschränkung Gültigkeit. Bei der Auswahl der Quellen ist eine gewisse Willkür nicht zu vermeiden. Wo ich zitiere, hoffe ich, die Aussagen der jeweiligen Autoren nicht zu verfälschen.

### TZ 10

Die Skizze zur Neuordnung der Arbeitslosenversicherung beruht auf eigenen Überlegungen. Literatur kann ich dazu nicht angeben. In der Zeitschrift „Fragen der Freiheit“ (hsg. vom Seminar für freiheitliche Ordnung ... e.V., 7325 Eckwälden/Bad Boll) sind aber Aufsätze zur Neugestaltung der Krankenversicherung veröffentlicht, die von gleichen Grundüberlegungen ausgehen wie mein Beitrag.

### TZ 11

Meine Darlegungen zur Arbeitslosenversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit haben m.E. im jetzigen Zeitpunkt keine Chance, als Beschlußvorlage ein politisches Gremium erfolgreich zu durchlaufen. Mir ging es vorwiegend bei diesem Thema darum, aufzuzeigen, daß auch noch dann marktwirtschaftlich orientierte Problemlösungen möglich sind, wenn dies in der politischen Diskussion verneint und behauptet wird, hier versage die Marktwirtschaft, hier müsse der Staat tätig werden.

### TZ 12

Die Arbeitslosigkeit als internationale Plage (die mehr oder weniger eine Addition der nationalen Plagen ist) und die Arbeitslosigkeit als Ursache für den Terrorismus wurden nicht behandelt, obwohl z.B. nach Betty Williams mit einer 30%igen Arbeitslosenquote der Terror in Nordirland nicht zu beheben ist (HAZ 2.6.77).

## ERSTER TEIL

TZ 13

Da offensichtlich die wirtschaftspolitischen Beschwörungsformeln die Arbeitslosenzahl nicht wesentlich verringern und die Erklärungsversuche mit den internationalen Verflechtungen, der Ölkrise und den Strukturproblemen der Wirtschaft inzwischen zu weit abgedroschen sind, versuchen die Meinungsmacher, den Arbeitslosen selbst den schwarzen Peter zuzuschieben.

TZ 14

Einige Schlagzeilen mögen das belegen:

"ARBEITSLOS - FEINES LEBEN AUF FREMDE KOSTEN"

(Der Spiegel Nr. 21/77)

"WARUM ICH ARBEITSLOS SEIN WILL"

(Die Zeit vom 15.5. 77)

" ARBEITSLOSE WERDEN SCHÄRFER AUF ARBEITSWILLIGKEIT ÜBERPRÜFT"

(Frankfurter Rundschau vom 6.5. 77)

"ARBEITSÄMTER UND ARBEITSLOSE KRITISIERT"

(Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 12.5.77)

TZ 15

Bevor die Mentalität von Arbeitslosen beleuchtet wird, wollen wir fragen, ob es eine bessere, weil einsehbar Erklärung für das Phänomen Arbeitslosigkeit gibt und ob dieses eine nicht zu vermeidende Nebenerscheinung der Marktwirtschaft ist.

TZ 16

Die Arbeitslosigkeit ist im Grunde eine Zirkulationskrise, d.h. ein Teil der Nachfrage (die sich in der Geldwirtschaft immer in Geldeinheiten ausdrückt), die mit der Produktion (Wertschöpfung) entsteht, fällt aus. Ein Teil der Produktion, die in den Markt hineingegeben wurde, wird von der Nachfrage (von den berechtigten potentiellen Konsumenten und Investoren, die entweder vorher ihren Beitrag zur Wertschöpfung geleistet oder Anteile übertragen bekommen haben) nicht abgerufen.<sup>3</sup> Die Folge ist, daß die Produktion gedrosselt wird, weil die Herstel-



lung und Lagerung von Waren Kosten verursacht, die über den Markterlös nicht mehr voll abgedeckt werden können.

#### TZ 17

Wenn nun alle Güter und Dienstleistungen gleich stark begehrt wären, dann würde die sich einstellende Unterbeschäftigung der Wirtschaft sich wahrscheinlich auf alle Wirtschaftsbürger gleichmäßig verteilen. Da dies nicht der Fall ist, d.h. die Güter unterschiedlich begehrt sind, sind auch die Absatzchancen im depressiven Markt unterschiedlich. Im Extremfall sind einzelne Güter gar nicht mehr verkäuflich und andere Güter werden aus Sicherheitsbedürfnissen oder spekulativen Gründen besonders stark nachgefragt. Die Zeitungen wissen dann gleichzeitig von Konkursen und Sonderschichten zu berichten.

#### TZ 18

Wie kann es zu krisenauslösenden Veränderungen im Nachfrageverhalten kommen? Bei genauerem Hinsehen sind zwei Ursachenbündel auszumachen. Das eine Bündel ist mit den Begriffen Geldverfassung, Stabilitätspolitik und Kapitalismus oder Rentabilitätsprinzip zu füllen; das andere Bündel mit den Begriffen Gesellschaftspolitik, Unsicherheit über die zukünftige Wirtschaftsordnung, Undurchschaubarkeit der Steuergesetze, ungerechte Subventionen, problematische Sozialgesetzgebung, unnötige Staatseingriffe auf der einen Seite und nicht vorgenommene gesetzliche Neuregelungen auf der anderen Seite.

#### TZ 19

Es soll versucht werden, die Wirkungsweise beider Ursachenbündel kurz zu erläutern, womit gleichzeitig eine Inhaltsbeschreibung des Begriffes Stagflation gegeben wird.

#### TZ 20

Fangen wir mit der Beschreibung des letzteren Ursachenbündels an: Für Unternehmen in der Marktwirtschaft, ob klein oder groß, ist es wichtig, daß sie in einem stabilen Rahmen von staatlich gesetzten Bedingungen (Datenkranz) arbeiten können, weil sonst keine rationale Unternehmensplanung möglich ist.<sup>4</sup> Die sich fortwährend ändernden Bedingungen des Marktes bringen schon genug Unsicherheiten mit sich.

#### TZ 21

Das Problem der Fremdbestimmung der Arbeitnehmer wurde und wird weiterhin mit den

nicht marktwirtschaftskonformen Mitbestimmungsmodellen zu lösen versucht. Die Gefahr, daß dadurch auch die Unternehmer fremdbestimmt werden können, wird von diesen zu Recht empfunden. Wenn der Betriebsrat auch von Unternehmensleitungen jeweils als Konfliktregulierungsabteilung angesehen werden kann, so kann die paritätische Besetzung des Aufsichtsrates die Investitionsneigung schon negativ beeinflussen. Ohne näher darauf einzugehen, sei hier gesagt, daß die marktwirtschaftskonforme Überwindung der Fremdbestimmung nur durch eine Selbstbestimmungsform erfolgen kann, die unmittelbar an den Ertrag und das Risiko gekoppelt ist.

#### TZ 22

Investitionen haben bis zur Amortisation eine lange Laufzeit, manchmal über eine Generation hinaus. Wenn Unternehmer und diejenigen, die es werden wollen, nicht sicher sein können, daß sie die Früchte ihrer Anstrengungen werden ernten können, weil die Wirtschaftsordnung - aus Unverständnis - geändert wird, so ist auch diese Unsicherheit ein Hemmschuh für Investitionen und eine Ursache für Fluchtkapital und das Sparen im Strumpf (Hortung).

#### TZ 23

Die Bürger stellen an den Staat Forderungen, die selten ohne Geld zu erfüllen sind. Also ist es gerecht, daß die Bürger auch Steuern zahlen. Das Problem beginnt aber bereits dort, wo Kleinunternehmer Steuerspezialisten aufsuchen und größere Unternehmen eigene Steuerabteilungen aufbauen müssen, um nicht im Steuer-Dschungel stecken zu bleiben. Die Vielzahl der Steuern (rund 50) verursacht nicht nur dem Staat enorme Verwaltungskosten, sondern auch dem Unternehmen. Belastend sind insbesondere die ertragsunabhängigen Steuern. Karl Walker ordnet auch die Mehrwertsteuer zu den ertragsunabhängigen Steuern ein.<sup>5</sup> Er spricht von dem vorweggenommenen Gewerbeertrag und von der Benachteiligung lohnintensiver Unternehmen.

Auch wenn diese ertragsunabhängigen Steuern auf gesetzlicher Grundlage erhoben werden, sind diese Steuern den Abgaben gleichzusetzen, die amerikanischen Kriminalfilmen<sup>6</sup> zu folge viele amerikanische Unternehmen den Verbrechersyndikaten für deren auf gezwungenen "Schutz" zu zahlen haben.

#### TZ 24

Bei den ertragsabhängigen Steuern ist zu bemängeln, daß die Steuertabellen die Inflationsraten nicht berücksichtigen. "Die Inflationsrate im Gewinn führt zum Scheingewinn und Sub-

stanzverlust, die Besteuerung von Scheingewinnen zur Enteignung" <sup>7</sup>

TZ 25

Da man <sup>8</sup> heutzutage neben dem fiskalpolitischen Zweck mit der Steuer auch noch Konjunktur- und Stabilitätspolitik betreiben will, wird das Investitionsklima zusätzlich belastet, weil durch die Steuer- und Subventionspolitik ständig die Marktdaten verfälscht werden. Es ist jeweils Glücksache, ob ein Unternehmen durch Subventionen begünstigt wird oder nicht.

TZ 26

Weil die bisherigen Bundesregierungen die Probleme der Einkommens- und Vermögensverteilung nicht in den Griff bekommen haben und mit dem bisherigen wirtschaftspolitischen Instrumentarium auch nicht die Konkuntureinbrüche vermeiden konnten, hat man sich umfangreiche Sozialgesetze einfallen lassen. Der Nutzen des Einzelnen geht dabei zu häufig ausschließlich zu Lasten der Kollektive und der Unternehmen. Es ist kein Einzelfall, daß Unternehmen nur deshalb keine neuen Arbeitnehmer einstellen, weil sie aufgrund des Kündigungsschutzes bei Umsatzrückgang die Arbeitnehmer nicht entlassen können.<sup>9</sup> Es gäbe auch nicht das Problem des älteren Angestellten, wenn grundsätzlich ein leistungsbezogener Lohn gezahlt würde. Das heißt, die individuelle Leistung älterer Arbeitnehmer entspricht oft nicht der zu beanspruchenden Tarifgruppe, sie geraten dadurch unnötig unter Leistungsdruck mit allen negativen Begleiterscheinungen und sind folglich als Bewerber für die Personalabteilungen nicht attraktiv.

TZ 27

Unnötig stark reglementiert hat der Staat z.B. den Bereich der Jugendarbeit und der Berufsausbildung; schwach hat er sich gezeigt bei der Durchsetzung des Verursacherprinzips bei den Kosten des Umweltschutzes und bei der Schaffung eines Bodenrechtes, das den freiheitlichen und sozialen Kriterien des Grundgesetzes und der marktwirtschaftlichen Ordnung gerecht wird.

TZ 28

Die Kosten des Umweltschutzes haben insofern mit der Konjunktur zu tun, weil früher Unternehmen mehr oder weniger die Umwelt belasten konnten, ohne dafür bezahlen zu müssen, während sie heute dafür zur Kasse gebeten werden. Die Höhe der Kosten ist aber oft nicht

kalkulierbar, weil die Auflagen regional unterschiedlich sind, die Prinzipien des Umweltschutzes noch nicht eindeutig und die gesetzgeberischen Maßnahmen noch nicht abgeschlossen sind.<sup>10</sup>

#### TZ 29

Das Bodenrecht hat mit dem Konjunkturklima zu tun, weil es in seiner jetzigen Ausgestaltung keinen chancengleichen Zugang der Wettbewerber zur Nutzung des Bodens gewährt, jedoch die Flucht von Geld-Kapital - das sinnvoller in die Investitionen gehen sollte - in den Bodensachwert ermöglicht. (Daß der Boden auch Produktionsmittel sein kann, wird hier nicht übersehen.) Die Abschöpfung der Bodenrente würde die große Mehrzahl der Unternehmen und Arbeitnehmer entlasten, weil dadurch eine Finanzierungsquelle für Sozialleistungen erschlossen würde (z.B. für eine Kindergelderhöhung), die eine Steuersenkung möglich machen und somit den Kostendruck auf jene Unternehmen mildern würde, die heute sowohl die Steuerlast wie auch die Grundrente z.B. in Form der Pacht zu tragen haben.<sup>11</sup>

#### TZ 30

Kommen wir jetzt zu dem ersten Ursachenbündel. In der kapitalistisch überlagerten Marktwirtschaft<sup>12</sup> ist die Rentabilität des investierten Kapitals das oberste Gebot. Aus dem Erlös der Unternehmen befriedigen sich mehrere Interessenten in folgender Rangfolge:

1. der Kapitalgeber
2. der Staat und
5. erst danach die Arbeit (Arbeitnehmer und Unternehmer).

Diese Darstellung eignet sich aber nicht für ein Freund- Feind-Schema, da der Kapitalist vielerlei Gesichter hat. Er ist der schlichte Kontensparer, der Eigentümerunternehmer, der Großaktionär usw.

#### TZ 31

Wesentlich am Kapitalisten ist seine Haltung, mit der er ein zentrales Kriterium der marktwirtschaftlichen Ordnung - nämlich den Leistungsaustausch auf Gegenseitigkeit - sabotiert.

Der Kapitalist ist nicht bereit - soweit er seine Grundbedürfnisse befriedigt hat - sein Geld ohne Tribut in Form einer Rendite nachfragewirksam werden zu lassen. Wir alle kennen die Redewendung: "Man muß das Geld arbeiten lassen". Das ist ein Unsinn, denn im ökonomischen Sinn kann weder das Geld-Kapital noch das Sach-Kapital arbeiten. Leistungen erbringt

der arbeitende Mensch.<sup>13</sup> Dem Kapitalisten wird die Macht, nicht leistungsbezogenes Einkommen zu beziehen, von unserer Geldverfassung verliehen, die auf Prinzipien aufbaut, die so alt sind wie das Geldwesen selbst.

TZ 32

Der Wirkungsmechanismus ist einfach: Unser Lebensstandard ist nur möglich aufgrund der arbeitsteiligen Wirtschaft. Die arbeitsteilige Wirtschaft kann nur mit einem Geldsystem funktionieren, das den reibungslosen Austausch der Güter und Leistungen ermöglicht. In der Ausgangsbasis nach einem Krieg, nach einer Naturkatastrophe oder einer Wirtschaftskrise, in der das Sach-Kapital knapp ist, weil es vorher vernichtet wurde, kann das Geld-Kapital einen hohen Preis (Zins) fordern, wenn es sich anderen für die Investition zur Verfügung stellt. Denn da die Grundbedürfnisse erst befriedigt sein wollen, ist die Sparquote noch gering. Da es aber ein natürliches Anliegen des Menschen ist, für unvorhergesehene Fälle und für das Alter zu sparen, nimmt das Sparvolumen mit anhaltender Vollbeschäftigung zu, so daß der Preis (der Zins) für das Leihkapital (Geld-Kapital) sinkt.

TZ 33

Da das Geld im Gegensatz zu den Waren so gut wie keine Lagerungskosten verursacht, verhalten sich die jeweiligen Geldbesitzer bewußt oder unbewußt konjunkturfeindlich, indem sie das Geld horten, d.h. dem Kreislauf entziehen, wenn der Zins gegen Null sinkt, wobei die Liquiditätsfalle des Geldes erfahrungsgemäß bei 3% liegt. "Seit 1968 jedenfalls war der Kapitalmarktzins nicht mehr so niedrig wie zur Zeit. Verglichen mit einer Preissteigerung von knapp unter 4 % stellt er, wenn man diesem Vergleich folgen will, einen Realzins von etwa 2 1/2 % dar, was an sich eher niedrig ist." <sup>14</sup> Wie aber schon aufgezeigt wurde, ist die Produktion eng mit der Nachfrage verzahnt. Nachfrage drückt sich aber - das sei hier wiederholt - immer in Geld aus. Die Herausnahme von Geldeinheiten aus der Zirkulation (Hortung) bedeutet somit Nachfrageausfall; dieser wiederum bewirkt eine Produktionsdrosselung und diese hat zur Folge, daß Arbeitskräfte nicht mehr beschäftigt werden können.

TZ 34

Bei uns in der BRD hat man / frau seit dem letzten Krieg mehr unbewußt diesen Mangel, der unserem Geld anhaftet, dadurch kompensiert, daß das Geld durch leichte Inflationsraten mit einer Umlaufsicherung versehen wurde. Unbewußt hat man das Instrument der leichten Inflation zur Verstärkung der Konjunktur deshalb gewählt, weil die bewußte Anwendung dieses

Instrumentes die Einsicht in die und die Anerkennung der Quantitätstheorie des Geldes vorausgesetzt hätte. Das war nicht der Fall. Der bewußte Anteil dieser Geldpolitik war mit der Kenntnis der konjunkturtheoretischen Einsichten von J. M. Keynes bei unseren Wirtschaftspolitikern gegeben. <sup>15</sup>

#### TZ 35

Der Nachteil dieser Konjunkturpolitik bestand (bzw. besteht) in unangenehmen Nebenerscheinungen, z.B. der ständigen Umverteilung von Vermögensteilen durch die Inflationsraten und deren ständiges Wachsen. Diese Politik wurde als gefährlich erkannt und jetzt bereits zum zweiten Mal durch eine Stabilitätspolitik abgelöst, die keine Stabilität brachte, weil die Verringerung der jährlichen Inflationsrate ohne begleitende stabilisierende Maßnahmen wie eine Deflation (Verringerung der umlaufenden Geldmenge) wirkte. Bei fallenden Preisen und bei weniger steigenden Preisen ist genauso wenig eine kaufmännische Kalkulation möglich, wie bei einer galoppierenden Inflation.

#### TZ 36

Zurückhaltung ist einzelwirtschaftlich gesehen in solchen Situationen das Gebot der Stunde; gesamtwirtschaftlich verursacht diese Zurückhaltung aber die bekannten verheerenden Folgen. Hinzu kommt, daß von Seiten der Bundesbank die Stabilitätspolitik mit der enormen Verknappung und Verteuerung des kurzfristigen Geldes eingeleitet wurde. Neben der Rentabilitätskrise wurde dadurch vielen Unternehmen auch noch eine Liquiditätskrise beschert.

#### TZ 37

Der Erfolg dieser Stabilitätspolitik ist bekannt: Mehr Arbeitslosigkeit als Geldwertstabilität. Erfolgreich war diese Politik vielleicht aus der Sicht jener Unternehmer, die nicht durch die Krise in den Konkurs getrieben wurden, sich aber eine Dämpfung des "Übermutes" der Arbeitnehmer wünschten. Ein toller Erfolg für die Sozialliberale Koalition!

#### TZ 38

Doch spätestens seit Proudhon. (1809 - 1865) weiß man / frau, daß die Konjunkturstörungen ihre Ursache in den Zirkulationsstörungen des Geldes haben, spätestens seit Gesell (1862 - 1930) sind die Wirkungszusammenhänge exakt beschrieben und die Lösungsmöglichkeiten ungenutzt.

#### TZ 39

Gesell schreibt: "Proudhons Ausweg ist die Beseitigung des Hindernisses, das uns von der vollen Entfaltung unserer Produktionskraft abhält. Für Marx sind Streik, Krisen willkommene Ereignisse, und das Mittel zum Zweck ist die schließlich gewaltsame Enteignung der Enteigner. Proudhon dagegen sagt: Laßt euch unter keiner Bedingung von der Arbeit abhalten, nichts stärkt das Kapital mehr als der Streik, die Krise, die Arbeitslosigkeit; nichts kann das Kapital schlechter vertragen als unverdrossene Arbeit . ... Marx sieht im Privateigentum eine Kraft und Übermacht. Proudhon erkennt hingegen, daß diese Übermacht im Geld ihren Stützpunkt hat und daß unter anderen Verhältnissen die Kraft des Eigentums sich sogar in eine Schwäche verwandeln kann. ...

#### TZ 40

Proudhon fragte: warum haben wir zu wenig Häuser, Maschinen und Schiffe? Er gab darauf auch die richtige Antwort: weil das Geld den Bau nicht gestattet! Oder um seine eigenen Worte zu gebrauchen: 'weil das Geld eine Schildwache ist, die an den Eingängen der Märkte aufgestellt, die Losung hat, niemand durchzulassen. Das Geld, so meint ihr, sei ein Schlüssel des Marktes (worunter hier der Austausch der Erzeugnisse zu verstehen ist) - es ist nicht wahr - das Geld ist ein Riegel.' ...

#### TZ 41

Als Proudhon diese Riegel- oder Sperrnatur des Geldes erkannt hatte, stellte er die Forderung: Bekämpfen wir dies Vorrecht des Geldes, indem wir die Ware und Arbeit zu barem Gelde erheben. Denn zwei Vorrechte heben sich gegenseitig auf, wenn sie einander gegenüber treten. Hängen wir dasselbe Übergewicht des Geldes auch der Ware an, so heben sich beide Übergewichte gegenseitig auf."<sup>16</sup>

#### TZ 42

Proudhons Versuch, dieses Gleichgewicht von Gütern und Geld durch Tauschbanken herzustellen, ist nicht realisierbar. Sein eigener Versuch, eine Tauschbank zu betreiben, scheiterte 1819.<sup>17</sup> Gesell, der ohne Kenntnis von Proudhons Veröffentlichungen auch auf das Geld als Störungsquelle des ununterbrochenen Austausches von Gütern und Leistungen gestoßen war, kam auf die bessere Idee. Er sagt, wir müssen das Geld der Ware angleichen, nicht umgekehrt. Dies ist machbar. Die Lösung besteht darin, daß das Geld mit einer Art Standgebühr belegt wird - wie die Waggons bei den Eisenbahnen- und dadurch in den Umlauf gezwungen wird.<sup>18</sup>

- Diese Technik funktioniert auch dann, wenn trotz besserer Gegenargumente das Buch- oder Giralgeld mit zum Geld (zur Geldmenge) gezählt wird.<sup>19</sup>

TZ 43

Wenn Arbeitslose mehr als Menschen in einer passiven, erdulenden Rolle gesehen werden und nicht als aktive Demokraten, dann ist es schlicht eine Unverschämtheit, Arbeitslose für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen. Die Verantwortung für die Massenarbeitslosigkeit liegt eindeutig beim Gesetzgeber, danach bei der Bundesregierung und der Bundesbank.

TZ 44

Es ist eine Tragödie, daß die Adaptationsfähigkeit der Wirtschaftstheoretiker und -Politiker an die Einsichten in die Natur der Wirtschaftsprobleme - wie sie von der Freiwirtschaftsschule gefunden wurden und vertreten werden - nur die Geschwindigkeit einer Schnecke hat.

TZ 45

Zum Beispiel: Mündlichen Aussagen von Prof. Jan. Tinbergen - Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften - in einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie in Loccum mit dem Thema "Der Streit um die Neuordnung der Weltwirtschaft" konnte ich entnehmen, daß dieser immer noch viel von der Geldschöpfung a la Keynes hält, obwohl sich doch inzwischen herumgesprochen haben sollte, daß die Nachfrage, die ausgefallen ist und durch neue Geldschöpfung kompensiert werden soll, sich nicht aufgelöst hat, sondern in die Horte (Strumpf, Geldschrank etc.) gewandert ist. Die zurückgehaltene Nachfrage stellt immer noch - so lange das Horten nicht verboten ist - einen legitimen Anspruch auf Güter im Markt dar.<sup>20</sup> Durch eine illegitime Geldschöpfung (via Staat) durch die Notenbank werden diese Ansprüche verwässert. Ein neuer Inflationsschub ist voraussehbar.

TZ 46

Ein anderer - mir namentlich nicht bekannter - Ökonom vertrat in der oben genannten Veranstaltung die These, man sollte arbeitssparende Techniken vermeiden, damit mehr Menschen in der Zukunft Arbeit behielten. Erfreulich war, daß sich gegen diese These eine starke Opposition bemerkbar machte. Es ist auch unsinnig, in Zukunft nicht mehr zu rationalisieren. Da die Bedürfnisse der Menschen unendlich sind, bleibt auch unendlich viel Arbeit, um diese zu befriedigen.<sup>21</sup>



#### TZ 47

Im übrigen betätigt sich die Mehrzahl der Bundesbürger noch immer nicht aktiv in Kultur und Politik, weil die Erwerbsarbeit einschließlich der Wege zu viel Zeit und Kraft verschlingt.

#### TZ 48

Aus dieser Sicht sind die in Dänemark diskutierten Pläne eines freiwilligen Urlaubs Jahres für Arbeitnehmer, die mindestens fünf Jahre am selben Arbeitsplatz gewesen sind (HAZ vom 17. 5.1977) vernünftiger als die vom Arbeitsminister Ehrenberg geplante Verkürzung der Lebensarbeitszeit (Die Zeit vom 13.5. 1977).<sup>22</sup>

#### TZ 49

Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Verlängerung der Schulzeit bedeutet nicht etwa größere Chancen im Arbeitsmarkt, wie angenommen wird (wenn heute alle Arbeitnehmer einen Hochschul- oder auch Fachschulabschluß hätten, würde trotzdem ein Teil ohne Arbeit sein), sondern mehr Frustrationen, mehr Lebensuntüchtigkeit. Die gesetzlich verordnete Herabsetzung des Rentenalters könnte bei der gegebenen Arbeitsorganisation und der meistens inhaltlosen Arbeit sicher für viele Arbeitnehmer wie eine Erlösung wirken; jedoch würden noch mehr Rentner an der empfundenen Sinnlosigkeit ihres Daseins zugrunde gehen. Noch mehr beschäftigungstherapeutische Programme müßten von jenen bezahlt und durchgeführt werden, die in der verbleibenden Lebensarbeitszeit ausharren müssen. Hier, wie an vielen anderen Brennpunkten, gilt es, sich rück- und neu zu besinnen.<sup>23</sup> Wenn wir aufhören wollen, Schindluder mit unserem Körper und unserer Seele zu treiben, müssen wir das Lernen, das Arbeiten und das Feiern wieder integrieren.<sup>24</sup>

#### TZ 50

„Ehrenberg findet - so *DIE ZEIT* - die Überstundenabgabe 'interessant'. Um schließlich die Finanzierung der Arbeitslosigkeit<sup>25</sup> zu erleichtern, dürfte sich das Arbeitsministerium erstmals offiziell für eine Arbeitsmarktabgabe einsetzen - eines Solidarbeitrages der Beamten und vielleicht auch der Selbständigen zur Arbeitslosenversicherung.“ Ich meine, unser Verfassungsschutz vertrödelt seine Zeit bisher mit der Jagd auf kleine Fische.<sup>26</sup>

#### TZ 51

"Bonn verstärkt Anstrengungen im Kampf.gegen.Arbeitslosigkeit" lautet die Schlagzeile der HAZ vom 26. 5. 1977. Die Schlagzeile der Bildzeitung vom gleichen Tage lautet "Arbeitslo-

se: Neue Pläne und Milliarden." Die aufgezeigten Investitionsprogramme und Arbeitsplatzfinanzierungen (volle Lohnkostenübernahme für 25.000 Arbeitnehmer für die Dauer von einem Jahr) haben den Schönheitsfehler, daß sie

1. das Problem der Unterbeschäftigung nicht gründlich und auf Dauer lösen und
2. weiter zum Abbau der Leistungsgesellschaft beitragen, weil diese Programme entreicherd und bereichernd in den Leistungsaustauschprozeß eingreifen.

#### TZ 52

Wir werden wohl noch eine ganze Weile mit Programmen dieser Qualität leben müssen. Auch der ausgeschiedene Bundesbankpräsident Klasen war bzw. ist in dieser Sache ahnungs- und hilflos. In einem Interview der Süddt. Zeitung vom 12.5. 1977<sup>27</sup> hat Klasen auf die Frage der SZ: "Wissen Sie ein Rezept gegen die hartnäckige Arbeitslosigkeit?" nur eine ausweichende Antwort.

#### TZ 53

Bevor versucht werden soll, darzustellen, was Arbeitslosigkeit für die Betroffenen bedeutet, sei darauf hingewiesen, daß der Eigennutz das zentrale Steuerungselement der Marktwirtschaft ist. Der Versuch, den Eigennutz der Wirtschaftssubjekte durch das Gemeinwohldenken austauschen zu wollen - auch wenn er noch so brillant durch eine Religion oder Weltanschauung begründet wäre - hätte zwangsläufig zur Folge, daß die Marktwirtschaft durch die Zentralverwaltungswirtschaft - deren Steuerungselement die Knute in ihren verschiedenen Erscheinungsformen ist - ausgetauscht werden müßte.<sup>28</sup> Die richtige Grundannahme ist, daß im System der Marktwirtschaft der Einzelne durch sein persönliches Vorteilsstreben das Wohl der Allgemeinheit fördert.<sup>29</sup>

#### TZ 54

Wenn der Eigennutz<sup>30</sup> des Einzelnen zu Lasten des jeweiligen Kollektives geht, dann liegt das an den institutionalisierten Rahmenbedingungen des Wirtschaftssubjektes und nicht an seiner Rücksichtslosigkeit. (Mit dem Eigennutzstreben, wenn es auch noch so raffiniert, gegen gemeinschaftsschädliche Wirkungen abgeschirmt ist, lassen sich selbstverständlich nicht alle Anliegen, Bedürfnisse oder Probleme einer Gesellschaft befriedigen bzw. lösen. Die Nächstenliebe, die Brüderlichkeit ist das Korrektiv in beiden Systemen. Während Nächstenliebe in einem totalitären System grundsätzlich verdächtig sein muß, weil sie ein Engagement für Einzelne und Gruppen voraussetzt, die weder von staatlicher Wohlfahrt erfaßt noch kon-

trolliert werden, ist in dem freiheitlichen Kooperations- und Koordinationssystem – Marktwirtschaft genannt - die Nächstenliebe geradezu ein Element der Persönlichkeitsentfaltung, wenn dem Einzelnen nicht die materielle Basis der Nächstenliebe durch eine untaugliche Konjunktur- und eine räuberische Steuerpolitik genommen wird.)

#### TZ 55

Dieser Tatbestand muß bedacht werden, bevor das Verhalten von Arbeitslosen mit moralinsauren Kommentaren bedacht wird. Die vielen Konstrukteure des sozialen Netzes müssen bei ihrer Knüpfarbeit ein Bild vom Menschen vor Augen gehabt haben, das sich nicht mit dem Bild vom Menschen deckt, das unserer freiheitlichen Grundordnung zugrunde liegt. Wie soll es da verwundern, daß besonders die Cleveren, die weniger von moralischen Skrupeln geplagt werden und pfiffiger die Vorteile für die eigene Person erkennen, den Nutzen aus dem sozialen Netz ziehen. Es kann geradezu Dummheit von Arbeitnehmern bedeuten, wenn sie die Arbeitslosenzeit persönlich gut nutzen könnten und dann diesen günstigen Zustand für eine Differenz von vielleicht 100 oder 200 DM durch die Arbeitsaufnahme beenden. Kein Unternehmer, kein Kapitalist bewegt sich von der Stelle, wenn die Ertragsdifferenz zwischen dem Jetztzustand und dem Zustand nach den Anstrengungen (bzw. Ängsten des Kapitalisten) nur geringfügig ist.

#### TZ 56

Krisen disziplinieren Arbeitnehmer, darüber freuen sich viele Arbeitgeber (mehr versteckt als offen), weil sie in den Zeiten der Überbeschäftigung unter den dann oftmals festzustellenden Schludrigkeiten der Arbeitnehmer zu leiden haben. Es ist auch verständlich, daß Arbeitgeber in Zeiten der Krise hoffen, 1. Arbeitnehmern weniger zahlen zu müssen und 2. auch Arbeitsplätze besetzen zu können, für die in Zeiten der Voll- oder Überbeschäftigung nur schwer oder gar nicht Arbeitskräfte zu finden sind. Für solche Neigungen der Unternehmer ist selbstverständlich die Arbeitslosenversicherung ein Ärgernis. Hier ist die marktwirtschaftliche Antwort an die Unternehmer: Wenn im Markt die betreffenden Produkte, die mit zusätzlichen Arbeitskräften hergestellt werden sollen, begehrt sind, dann zahlt mehr als die Arbeitslosenversicherung und gestaltet die Arbeitsplätze besser als bisher! Es ist nicht die Aufgabe des Staates, die Bedingungen der Arbeitslosen für die Aufnahme von Arbeit unter das allgemein übliche Bedingungs-niveau des Arbeitsmarktes zu drücken, um damit Unternehmen oder deren Produkte zu subventionieren. Sicher, die Arbeitslosenversicherung wird in einer Weise in Anspruch genommen, die ursprünglich nicht vorgesehen war.

#### TZ 57

Man / frau denke an Beratungsleistungen für Ratsuchende, die vorher nie einen Finanzierungsbeitrag geleistet haben. Ähnliches gilt für Landwirte, die umgeschult werden. Saison-Unternehmer können die Löhne der Saisonarbeiter relativ niedrig halten, weil die Arbeitnehmer in den Zwischenzeiten Arbeitslosengeld beziehen. Es gibt auch heute noch genügend Arbeiten, die nicht durchgehend auf Dauer ausgeführt werden können. Stillschweigend werden von allen Betroffenen Zeiten der Arbeitslosigkeit einkalkuliert. Auch hier wieder haben wir eine Abwälzung von Lohnkosten auf die Arbeitslosenversicherung vor uns. Auch würden manche Familienbetriebe gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art zusammenbrechen, wenn bestimmte Familienmitglieder während des ganzen Jahres im Lohnverhältnis stehen müßten. Arbeitslosigkeit für die Zeiten starker personeller Belastungen wird einkalkuliert.<sup>31</sup>

#### TZ 58

Liegt nun ein Mißbrauch im ökonomischen und moralischem Sinne vor, wenn Arbeitnehmer ihren Arbeitsvertrag kündigen und sich arbeitslos melden? Die Antwort ist eindeutig "Nein", wenn ein Arbeitsplatz freigemacht wird, der gern von Arbeitslosen mit entsprechender Qualifikation besetzt wird. Es wird hier dann ein Austausch eines arbeitenden gegen einen arbeitslosen Arbeitnehmer vorgenommen. Der dann ehemals arbeitslose Arbeitnehmer braucht nicht mehr zu resignieren, der ehemals arbeitende Arbeitnehmer kann regenerieren, sich auf neue Aufgaben vorbereiten oder sonst für die Gesellschaft in Bereichen nützlich sein, für die kein Geld zur Verfügung steht.

#### TZ 59

Die Sperrfrist sollte für diese Fälle gestrichen und statt dessen Prämien eingeführt werden, für jene, die das Risiko und die Nachteile auf sich nehmen, die mit der Aufgabe eines Arbeitsplatzes verbunden sind. Jene Arbeitnehmer, die auch gerne einmal für eine längere Zeit als den Jahresurlaub aus der Tretmühle der Erwerbstätigkeit hinaus möchten, aber auf Arbeitsplätzen sitzen, für die keine Ersatzleute unter den Arbeitslosen zu finden sind, werden es nur schwer verstehen, wenn ihnen gesagt wird: Ihr dürft nicht kündigen, ihr bekommt keine Prämien, sondern verlängerte Sperrzeiten. Wer hier ruft, das sei doch ungerecht, der übersieht, daß solcher Art Politik wirtschaftspolitischer Alltag ist.

#### TZ 60

Die Kritik der Arbeitgeber an der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter ist sicher berechtigt,

jedoch für Arbeitnehmer sind die Arbeitsämter (die durch ihre Beiträge - auch die Arbeitgeberanteile sind Lohnkosten - finanziert werden) meistens auch keine erfreuliche Einrichtung. Ich hatte neulich beim Besuch eines Arbeitsamtes in einer Kleinstadt den Eindruck, ich wäre noch in den fünfziger Jahren, wo es meiner Erinnerung nach üblich war, daß „Kunden“ der Arbeitsämter von deren Bediensteten als Menschen zweiter Klasse angesehen wurden. Und eines darf nicht übersehen werden, Arbeitslosigkeit ist für die Mehrzahl der Betroffenen und deren Familienangehörigen eine bittere Erfahrung, auch wenn die finanzielle Situation in Einzelfällen gut und bei der Mehrheit der Arbeitslosen erträglich sein mag. Bei allem materiellen Wohlstand unserer Gesellschaft ist nicht zu übersehen, das dieser ein relativer Wohlstand ist. Die Masse der Arbeitnehmer, besonders in der Aufbauphase des Hausstandes und der Aufzucht <sup>32</sup>der Kinder, tastet sich von einer Lohnzahlung zur nächsten, wie der Wanderer im sumpfigen Gelände von einem Binsenbusch zum nächsten. Die meisten Familien- und Ehekräche entstehen, weil das Geld an allen Enden nicht reicht. Die Reduzierung des monatlichen Familieneinkommens von DM 100 kann schon das jeweils mühsam gestützte Gebäude der laufenden Verpflichtungen gegenüber den Sozialversicherungen, den Unternehmen und dem Staat zum Einsturz bringen.

TZ 61

Was bleibt zu tun?

1. Einhalten mit der Unrast bei der Beschlußfassung und Durchführung ungereimter Programme und Gesetze.
2. Rück- und Neubesinnung durch das Studium klassischer und neuerer liberaler und anarchistischer Literatur. <sup>33</sup>
3. Prüfung sozialistischer Thesen, die sich mit den Ursachen der Beseitigung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit befassen, immer mit dem Bewußtsein, daß die Grundrechte durch wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht außer Kraft gesetzt werden dürfen. <sup>34</sup>
4. Auseinandersetzung mit dem von der Freiwirtschaftsschule entwickelten Instrumentarium <sup>35</sup> und Vergleich mit dem Angebot der von Friedman begründeten Chicagoer Schule, der von J. M. Keynes begründeten Schule und der Bewegung Dritter Weg, die im Internationalen Kulturzentrum Achberg ein Forschungs- und Aktionszentrum haben.
5. Einbringung der neu hinzugewonnenen Kenntnisse in die Gewerkschaften und politischen Parteien, die Hochschulen und in Unternehmensleitungen. <sup>36</sup>
6. Wenn die Zeit, die Kraft oder auch die intellektuellen Fähigkeiten nicht für ein eigenes Studium dieses Sachgebietes ausreicht, sollten die Leser wenigstens den Kollegen, den Leh-

ren, den Gewerkschafts- und Partei-(Orts-, Kreis-, Landes-)Vorsitzenden, den Abgeordneten Fragen stellen nach dem Warum und Wieso, bis diese selber fragen und darüber fluchen, daß man / frau sie nicht informiert hat.

## ZWEITER TEIL

TZ 62

"Unter 1 Million Arbeitslose - aber noch keine strukturelle Verbesserung. Im vergangenen Monat hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 92714 auf 946 514 verringert. Wie der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, erklärte, hat sich damit die Arbeitslosenquote von 4,6 auf 4,1 Prozent verringert....

In einem Resümee zur momentanen Arbeitsmarktlage erklärte Stingl, daß ein Push beim besten Willen aus diesen Zahlen nicht abzulesen sei. Er ist dennoch zuversichtlich, daß in den kommenden Monaten sukzessive die Arbeitslosenzahlen weiter sinken werden, wobei er den niedrigsten Stand im September erwarte. Es wäre geradezu 'katastrophal' wenn dieser Trend unterbrochen würde." (Deutsche Sparkassenzeitung vom 7. 6 1977).

TZ 65

*DER SPIEGEL* kennzeichnet die Lage in seiner Ausgabe Nr. 21 / 1977 mit folgender Schlagzeile: „Arbeitslosigkeit: Viele Pläne, kein Rezept. Die Bonner Ministerien entwerfen immer neue Pläne, die helfen sollen, die Millionenzahl der Arbeitslosen zu senken. Doch die Aussichten auf Erfolg sind mager: Breit angelegte Konjunkturprogramme erwiesen sich schon früher als wenig wirksam, und kostspielige Sonderaktionen will Finanzminister Hans Apel nicht bezahlen.“

TZ 64

Katastrophale Folgen wird die Arbeitslosigkeit für unsere in Ansätzen freiheitliche Gesellschaftsordnung haben. Die heutige Situation als katastrophal zu bezeichnen, wenn vergleichsweise die Situation zwischen den beiden Weltkriegen, an der die Weimarer Republik gescheitert ist, herangezogen wird, wirkt übertrieben. Der Hinweis des Magazins *DER SPIEGEL* auf "früher" ist aber sehr nützlich, denn vergleichen wir Veröffentlichungen aus den zwanziger und dreißiger Jahren mit den heutigen (einige Zitate werden gleich folgen),so können wir

feststellen, daß sich die Erklärungsversuche für die Arbeitslosigkeit und die Vorschläge für deren Behebung von damals und heute sehr ähneln. Damals wie heute stand zur Diskussion: Mehr Planung oder mehr Marktwirtschaft.

#### TZ 65

In einer Veröffentlichung von W. Aschoff im Verlag Nationale Kritik, Hannover, aus jenen Jahren heißt es: „Wir haben eine Wirtschaftskrise nie gesehenen Ausmaßes, durch sie hervorgerufen eine Arbeitslosigkeit von katastrophalem Umfange. Als Ursachen können wir den verlorenen Krieg, die Reparationen, die Inflation, die dem Frieden folgenden politischen Spannungen, die völlige Verwandlung der wirtschaftlichen Struktur Rußlands, ferner wesentliche Veränderungen der wirtschaftlichen Gesetzgebung im Innern des Landes bezeichnen. ...

#### TZ 66

Die größten politischen Parteien in Deutschland behaupten, daß die Form der bisher betriebenen Wirtschaft ganz oder zum Teil verkehrt war und zur Katastrophe führen mußte. Der Kapitalismus habe versagt. Gemeint wird die Individual-, die Privatwirtschaft.“ Der Titel dieser Broschüre heißt: „Heraus aus der Wirtschaftskrise durch nationale Privatwirtschaft.“ Im Untertitel heißt es: „Arbeit, Arbeit für Alle - ohne Maschinenstilllegung - ohne Arbeitszeitverkürzung - ohne Arbeitsdienstpflicht - ohne Großsiedelung PERMUTATION statt AUTARKIE.“

#### TZ 67

Maschinenstilllegung sagt man / frau heute nicht, sondern man / frau fordert einen Rationalisierungsstop. Das Programm Arbeitszeitverkürzung braucht nicht in Formulierungen der heutigen Zeit übersetzt werden. Das Programm Großsiedelung bedeutet heute nicht mehr Schaffung von Arbeitsplätzen durch Subventionen in der Landwirtschaft, sondern Schaffung von Arbeitsplätzen durch Subventionen in der gewerblichen Wirtschaft. Das Programm Arbeitsdienstpflicht wird, wenn die Arbeitslosigkeit nicht in absehbarer Zeit behoben wird, auch noch hoffähig. Aschoff hat damals gute Argumente für eine privatwirtschaftliche Lösung des Arbeitslosenproblems zusammengetragen. Da er aber in der Ursachenanalyse falsch lag, mußten seine Empfehlungen zur Behebung der Krise dürftig ausfallen.

#### TZ 68

In einem Beitrag von Otto Maaß unter dem Titel „Die Stellung der Arbeit in der kapitalistischen Wirtschaft“ (veröffentlicht in der Zeitschrift „Freiwirtschaftliches Archiv“ Nr. 1 vom

Januar 1926) heißt es: „Die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft, die durch ein Arbeitslosenheer von 1 3/4 Million Hauptunterstützungsempfängern und mehrere Millionen von „Ausgesteuerten“, Kurzarbeitern und anderen unmittelbar Benachteiligten gekennzeichnet wird, fängt an, sogar diejenigen zu beunruhigen, die es nicht als ihre Aufgabe betrachten, sich um die Volkswirtschaft zu kümmern. Leider scheint es aber dabei zu bleiben, daß über das Elend geklagt, vor der eigenen Schädigung gebangt und, wenn es hoch kommt, die innere Unruhe durch eine milde Gabe an einen Bettler beschwichtigt wird. Im übrigen läßt man die vom Reichsbankpräsidenten Schacht schon vor Weihnachten versprochene Krediterleichterung, die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts auf 8 v.H. und die tröstenden Reden, daß das Schwerste überstanden sei, als ausreichenden Grund dafür gelten, daß es auch ohne das eigene Zutun schon wieder besser werden würde. Von der Sinnlosigkeit und Unnatur der Arbeitslosigkeit aber gerade in einer Zeit größter Arbeitsfülle, wie sie allein die sog. Wohnungsnot und weiterhin doch die Notwendigkeit der Kriegsschuldentilgung bedeuten, wird über einen kleinen Kreis hinaus kaum gesprochen. ...“

TZ 69

Und Karl Walker schreibt in seinem 1931 veröffentlichtem Buch: „Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung“ auf Seite 30 und 31:

„In Deutschland sind nun schon seit Jahren 2 1/2 bis 4 1/2 Millionen Menschen arbeitslos, werden von der Wirtschaft als überflüssig abgestoßen, während sie gleichzeitig, kümmerlich von den noch im Erwerb stehenden mitunterhalten, in Mangel und Not leben; bedenken wir, daß diese Menschen ihre Bedürfnisse doch alle selbst decken könnten - es sind alle Berufe vertreten - wenn sie nur arbeiten dürften. Warum dürfen und können sie aber nicht arbeiten? Es sind Bedürfnisse da, riesengroße, es sind Menschen da, arbeitswillige Menschen, Millionen, und es sind auch Rohstoffe, Baustoffe, Lebensmittel in Hülle und Fülle da, der Segen der Natur ist doch so reich, daß man Staudämme gegen eine Überschwemmung aus fremdem Gebiet zu errichten für nötig hält. Und doch bestehen Hunger, Elend, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Diese Zustände sind nicht auf den verlorenen Krieg zurückzuführen. Auch andere Länder leiden unter denselben Erscheinungen; England z.B. hatte zeitweise eine verhältnismäßig noch höhere Arbeitslosigkeit als wir; und England hatte keinen Krieg verloren! Es handelt sich hier um mehr als nur um Nachwehen des Krieges. Das Problem ist international und uns auf alle Fälle schon längst über den Kopf gewachsen. Die Hilflosigkeit der Führer und das vollständige Versagen aller bisherigen Methoden einschließlich der marxistischen ist nicht zu verkennen.“... „Aber auch in England ist schon vor einigen Jahren das Wort gefallen,



man müsse sich auf eine dauernde Arbeitslosigkeit von ca. 600 000 bis 1 Million einrichten; also auch dort rechnet man nicht mehr mit dem Verschwinden dieser Erscheinung.“

TZ 70

Auch hier und heute spricht man / frau wieder davon, daß die Arbeitslosigkeit ein Dauerproblem sein wird. Der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, nennt z.B. in der „Frankfurter Rundschau“ vom 24. 6. 1977: „als neunte strukturpolitische Zielsetzung. Es sollte uns und allen klar sein, daß die Verkürzung der Lebensarbeitszeit von existentieller Bedeutung für jeden einzelnen Arbeitnehmer wie für die Gesellschaft ist: denn ohne Arbeitszeitverkürzung werden wir das Problem der Arbeitslosigkeit nicht in den Griff kriegen.“ ...

TZ 71

Daß vernünftige Leute mit einiger Berechtigung so argumentieren können, liegt daran, daß die Wirtschaftswissenschaft seit den dreißiger Jahren bzgl. der Konjunkturpolitik einen Ausweg gegangen ist, der letztlich in die Sackgasse der heutigen Arbeitslosigkeit geführt hat. Die Sackgasse wäre ihnen erspart geblieben, wenn sie das, was die oben zitierten Autoren Maaß und Walker und andere aus der gleichen Schule zur Arbeitslosigkeit und Konjunktursteuerung geschrieben haben, geprüft hätten.

TZ 72

Die folgenden Ausführungen von John Maynard Keynes aus dem Jahre 1936 gelten auch für die jetzige Zeit. Keynes schreibt: „Im gegenwärtigen Augenblick erwarten die Menschen mehr als sonst eine grundlegendere Diagnose, sind sie ganz besonders bereit, sie aufzunehmen, begierig, sie auszuprobieren, wenn sie nur einigermaßen annehmbar sein sollte. Von dieser zeitgenössischen Stimmung abgesehen, sind aber die Gedanken der Ökonomen und Staatsphilosophen, sowohl wenn sie im Recht, als wenn sie im Unrecht sind, einflußreicher, als gemeinhin angenommen wird. Die Welt wird in der Tat durch nicht viel anderes beherrscht. Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen. Wahnsinnige in hoher Stellung, die Stimmen in der Luft hören, zapfen ihren wilden Irrsinn aus dem, was irgendein akademischer Schreiber ein paar Jahre vorher verfaßte. Ich bin überzeugt, daß die Macht erworbener Rechte im Vergleich zum allmählichen Durchdringen von Ideen stark übertrieben wird. Diese wirken zwar nicht immer sofort, sondern nach einem gewissen Zeitraum; denn im Bereich der Wirtschaftslehre und der Staatsphilosophie gibt es nicht viele, die nach ihrem fünfundzwanzigsten oder dreißigsten Jahr

durch neue Theorien beeinflusst werden, so daß die Ideen, die Staatsbeamte und Politiker und selbst Agitatoren auf die laufenden Ereignisse anwenden, wahrscheinlich nicht die neuesten sind. Aber früher oder später sind es Ideen, und nicht erworbene Rechte, von denen die Gefahr kommt, sei es zum Guten oder zum Bösen.“ (John Maynard Keynes in „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, der Zinsen und des Geldes“, S. 323 u. 324 (1956).

TZ 73

Die Aussagen von Keynes bedeuten für die praktische Politik, daß Staatssekretäre, Abgeordnete und wissenschaftliche Mitarbeiter, die Problemlösungen zur Arbeitslosigkeit erarbeiten sollen, ihr Studium aber unter Interpreten der keynesschen Beschäftigungstheorie (wie z.B. den ehemaligen Wirtschafts- und Finanzminister Prof. Karl Schiller) absolviert haben, in der Regel zu einer wirklichen Problemlösung nicht fähig sein dürften. (Die Lage wäre trostlos, wenn wir nicht aus der Lernpsychologie wüßten, daß die Lernfähigkeit im Erwachsenenalter wesentlich davon abhängt, ob der Lernprozeß der Individuen abgeschlossen ist oder nicht. Das Thema Kernenergie hat ja gezeigt, daß auch unter den Politikern noch Lernfähige sind.)

TZ 74

Das Generalthema „Beschäftigungskrise und Lösungsansätze“ im Heft Nr. 5/1977 der "WSI Mitteilungen - Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH“ wird von der Redaktion wie folgt eingeleitet: „Für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften muß Vollbeschäftigung absolute Priorität haben. Anhaltende und zukünftig wahrscheinlich noch zunehmende Massenarbeitslosigkeit ist nicht nur gleichzusetzen mit einem Angriff auf die Würde des Menschen, sondern bedeutet zunächst die Gefährdung der materiellen und sozialen Existenz für Millionen von Arbeitnehmern und ihren Familien. Massenarbeitslosigkeit ist die Bankrotterklärung der vorherrschenden - praktizierten - Wirtschaftspolitik. Nicht nur das: Für eine Gesellschaftsordnung, die inneren Frieden, Freiheit und Demokratie bewahren und ausbauen will, ist hohe, länger andauernde, Angst und Anpassung erzeugende Arbeitslosigkeit sehr gefährlich. Angst vor Entlassung, Angst, keinen Arbeitsplatz zu finden, zehrt an der demokratischen und sozialen Substanz und verbaut den Weg für eine künftige Reformpolitik. Die Qualität einer Gesellschaftsordnung erweist sich daher nicht zuletzt bei der Lösung des Arbeitsproblems.“ ...

TZ 75 Diese Aussage kann voll bejaht werden. Die Frage ist nur, welche Konsequenzen zu ziehen sind. Walker schrieb in seinem o. a. Buch: ...“Aber es ist regelmäßig so; sobald ein

Sozialist aus der Masse auftaucht und zu verantwortlichem Posten aufsteigt, ist er genötigt, seine schönen Theorien preiszugeben. Er kommt zur Erkenntnis, daß es nicht so geht, wie Marx gedacht hat. Und das ist gut. Würde er das nicht einsehen, und die Welt nach seinem Kopf bzw. dem Marxens ordnen wollen, dann wäre das eine Wiederholung des russischen Experiments, unter für das Gelingen weitaus ungünstigeren Bedingungen.“ ... „Aber im allgemeinen wird bei uns die Arbeitslosigkeit als etwas Unabänderliches hingenommen und die Tätigkeit des Staates beschränkt sich darauf, die von dem Unabänderlichen Betroffenen zu unterstützen. Hier stößt man wieder auf den Punkt, wo die Hohe Politik an den Folgen herum doktert, statt die Ursachen zu ändern. Die Herren zerbrechen sich monatelang den Kopf darüber, wo man die Mittel heraussteuern könnte, um die Arbeitslosen zu unterhalten, während es ihre eigentliche Aufgabe wäre, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen bzw. die Hindernisse wegzuräumen, die den Vollbetrieb der Wirtschaft stören und aufhalten. Für die Gesamtheit wäre doch dies der ersehnte Zustand; daß die Arbeitslosenfürsorge überflüssig wird. Statt nun nach einem Wege zu suchen, auf dem das zu erreichen ist, bemüht sich der Staat, aus der mit Ach und Krach arbeitenden Wirtschaft die Mittel herauszupressen, die zur Unterhaltung derjenigen nötig sind, die nicht arbeiten dürfen.“

TZ 76

Es ist also hier wieder die Frage nach der besseren oder richtigen Theorie als Grundlage für das politische Handeln zu stellen. Ob es etwas nützt, daß das Recht auf Arbeit von der moralischen Norm in eine Verfassungsnorm umgemünzt wird, ist bei der gegebenen Ausgangslage fragwürdig. Jürgen Espenhorst setzt sich in dem Heft 4/1977 der „WSI Mitteilungen“ in seinem Beitrag „Tarifliches Einstellungsprogramm als Alternative zur Arbeitszeitverkürzung“ mit dieser Frage auseinander. Er schreibt: „Die Funktion einer Verfassung ist es nicht, nur Erreichtes fest zuschreiben, sondern sie soll auch einen Beitrag zur Zielbestimmung staatlicher Politik und privaten Verhaltens darstellen.“... „Hieran wird deutlich: durch eine Verfassungsgarantie werden keine Rechte realisiert, es kann jedoch der Auftrag ausgesprochen werden, Schritte einzuleiten, um das Verfassungsziel zu erreichen. In diesem Sinne ist es notwendig, daß in der Diskussion um Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Frage nach der Verankerung eines Rechts auf Arbeit im Grundgesetz vorrangig gestellt wird. Nur so kann es erreicht werden, daß die Vermittlung von Arbeit von den Arbeitslosen nicht als Gnadenakt empfunden wird. Nur so kann auch die defensive Haltung der Arbeitsmarktpolitik überwunden werden, die in der Auszahlung von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe den sozialen Rechtsstaat verwirklicht sieht.“...

## TZ 77

Stellen wir uns vor, unsere staatstragenden Parteien, die CDU/CSU, die SPD und FDP, die ja allesamt das Arbeitslosenproblem gelöst haben möchten, würden sich einigen und entschließen, das Recht auf Arbeit durch ihre Parlamentarier zur Verfassungsnorm erheben zu lassen. Würde dadurch ein neuer Arbeitsplatz geschaffen? Sicher, die Bundesregierung und das Parlament würden sich dadurch selbst unter Druck setzen. Nur die Regierung wäre dann gezwungen, da die herrschende Theorie nichts Besseres hergibt oder weil die Zielkonflikte besseres verhindern, Sandhaufen zur Verfügung zu stellen, wie die Chilenische Regierung, damit die Arbeitslosen ihr Recht auf Arbeit realisieren können, indem sie diese Sandhaufen hin und her schippen, wie dies im *STERN MAGAZIN*, Heft Nr. 7 vom 3. 2. 1977 auf Seite 20, bildlich dokumentiert wird.

## TZ 78

Mit dem nächsten Zitat will ich die Fragestellung einleiten, ob die Kultur- und Systemkritiker Verursacher unserer Wirtschaftsflaute sind.

Dr. Bernhard Plettner, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG in München, schreibt in seinem Beitrag zum ZEITGESPRÄCH im „Wirtschaftsdienst“ 1977 / VI zum Generalthema „Unternehmer oder Unterlasser?“ unter der Zwischenüberschrift „Fehlendes Vertrauen“:

„Zusammenfassend ist festzustellen: Unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben ökonomische und politische Ursachen. Was vor allem fehlt, ist Vertrauen in die Zukunft. Das gilt für Investoren und für Konsumenten gleichermaßen. Deshalb genügt es nicht, die Unternehmer zum Investieren aufzufordern. Ebenso wichtig ist es, den Konsumenten Mut zum Verbrauch zu machen.“ ... „Schon Keynes schrieb in seiner Allgemeinen Theorie: 'Im Gegenteil, jede zur beständigen Gewohnheit werdende Schwächung der Verbrauchsneigung muß sowohl die Nachfrage für Kapital als auch die Nachfrage für den Verbrauch schwächen.' Was tut man aber gegen die Sozial- und Kulturkritiker, die seit Jahren mit Schlagworten wie 'Konsumzwang', 'Konsumterror', 'Grenzen des Wachstums' und Ausplünderung unseres Planeten Konsumenten und Investoren die Lust zum wirtschaftlichen Handeln nehmen? Mit Appellen an Unternehmer und Verbraucher ist es nicht getan. Es reicht auch nicht aus, wenn die Steuern gesenkt und die Voraussetzungen für die Erwirtschaftung angemessener Erträge verbessert werden. Für eine kräftig wieder einsetzende Belebung in der Wirtschaft ist die Wiederherstellung eines konsum- und investitionsfreundlichen Klimas in unserer Gesellschaft und die Sicherung des Vertrauens in die Zukunft dieser Wirtschaft unabdingbar.“

#### TZ 79

Das Vertrauen in die Zukunft des wirtschaftenden Menschen ist sicher von großer Bedeutung, und es ist Nicolaus Oresme, Bischof von Lisieux (1525-1582) zuzustimmen, wenn er in seinem „Traktat über Geldabwertungen“ (hsg. von Edgar Schorer, Jena 1937) auf Seite 47 schreibt: „Vor allem wisse man: ohne offenkundige Notwendigkeit sollen frühere Gesetze, Statuten, Anordnungen, Gewohnheiten aller Art, welche die Gemeinschaft betreffen, nicht abgeändert werden. So lehrt Aristoteles im zweiten Buch der Politik. Ein positives altes Gesetz ist nicht zugunsten eines neuen und vielleicht besseren abzuschaffen, außer es liege ein großer Unterschied in ihrer Güte vor. Denn solche Änderungen erschüttern Autorität und Ehrfurcht vor den Gesetzen in hohem Maße, falls sie häufig vorkommen. Ärgernis und Murren im Volk und Gefahr der Auflehnung sind Folgen. Um wieviel mehr erst, wenn diese Wandlung zum Schlechten hin geschieht! Dann wäre sie völlig untragbar und ungerecht.“...

#### TZ 80

Nun ist es aber so, daß vieles von dem, was aufgrund von Empfehlungen der Kultur- und Systemkritiker auf dem gesetzlichen Wege eingeführt worden ist, sicher nicht das Gütezeichen im Sinne von Oresme hat. Das kann aber kein Grund sein, aus den Äußerungen von Plettner den Schluß zu ziehen, Kultur- und Systemkritik einzustellen. Es kann nur die Aufforderung sein, bei der Erarbeitung von Reformvorschlägen gründlicher, d.h. wissenschaftlicher vorzugehen. Und es ist eine Mahnung an die Parlamentarier, sich von ihrer Krankheit, der Gesetzgeberitis (vielleicht durch das Studium der alten Philosophen) heilen zu lassen.

#### TZ 81

In einem Artikel von Prof. Harry Hoefnagels, der Soziologie der sozialen Probleme lehrt, wird die im Titel gestellte Frage: „Wie kann der Widerspruch zwischen hoher Arbeitslosigkeit einerseits und ungestilltem Bedarf andererseits gelöst werden?“ mit der Balkenüberschrift „Nur ohne den Kapitalismus“ beantwortet. Hoefnagels schreibt: ... „Doch welche Bedürfnisse können heute noch durch freiwerdende Arbeitskräfte befriedigt werden? Die Schwierigkeit ist nur - und mit Erreichen der Grenzen des Wachstums wird sie permanent -, daß kaum noch neue Bedürfnisse auftreten, die sich in kaufkräftiger Nachfrage manifestieren. Aber es gibt auch keine Bedürfnisse, die nicht auf dem Markt erscheinen? Wird diese Frage bejaht, dann bedeutet dies: Es gibt unbefriedigte Bedürfnisse; die für ihre Befriedigung erforderliche Arbeitskraft ist vorhanden; sie bleibt aber unbeschäftigt. Wichtige, noch unbefriedigte, Bedürfnisse sind leicht anzugeben: im Bildungsbereich, in der Altersfürsorge, in der

Wohlfahrtspflege, in der Entwicklungshilfe. Und warum sollte auch nicht an Humanisierung der Arbeit gedacht werden? Wenn genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, kann Arbeit, die zu einer geistlosen, menschenunwürdigen Tätigkeit rationalisiert ist, auf mehr Beschäftigte verteilt werden. ... Der Einsatz des ungenutzten Arbeitspotentials zur Befriedigung wichtiger, am Markt aber nicht erscheinender Bedürfnisse (das sind solche, die über den Staatsapparat befriedigt werden. d.V.) ist in unserer Wirtschaft aus zwei Gründen nicht möglich: Erstens wären die Lohnerhöhungen, die heute die Loyalität der großen Massen sichern müssen, nicht mehr möglich; zweitens würde die für unser Wirtschaftssystem wesentliche Rentabilität des Kapitals angetastet. Es würde sich nicht mehr lohnen zu investieren.

Diese Überlegungen sind intellektuelle Spielerei, wenn mit weiterem Wirtschaftswachstum gerechnet werden kann. Anders liegt die Sache, wenn wir darauf gefaßt sein müssen, daß auf die Dauer Vollbeschäftigung nicht mehr durch Wirtschaftswachstum gesichert ist. Dann sollten wir uns darauf vorbereiten, daß das Beschäftigungsproblem nur gelöst werden kann, wenn die Arbeitnehmer auf eine ständige Erhöhung des Lohnniveaus verzichten und das Kapital sinkende Profitraten hinnimmt.“...

TZ 82

Hier ist doch zu fragen, warum so viele zu recht vermutete Bedürfnisse nicht über den Markt befriedigt werden können. Ist es nicht gerade der Staat, der mit seinem Aktivismus einen Markt für soziale und kulturelle Bedürfnisse unmöglich macht? Außerdem wird unterstellt, daß nur bei Wachstum Vollbeschäftigung möglich ist. Tatsache ist, daß aufgrund des Wachstums und der Inflationsraten der Verteilungskampf zwischen Arbeit und Kapital verschleiert bzw. verschoben wurde, und daß die bisherige Konjunkturtheorie wenig geeignet war, der Arbeit zu ihrem Recht zu verhelfen. Walter Gagel schreibt in seinem Beitrag „Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen“ ... „Durch stufenweise Aufschlüsselung läßt sich das Problem des Realverdienstes gleichsam entblättern. In zehn Jahren betrug die Steigerung des Brutto-Einkommens 112 Prozent, die des Netto-Einkommens 92 Prozent und die des Einkommens, gemessen an der Kaufkraft, 32 Prozent.“ (Gegenwartskunde, 2 / 77, S. 195)

TZ 83

Genau diese reale Lohnsteigerung drückt auf die Rentabilität des Kapitals und nicht die Produkte, die nicht über den Markt geliefert werden. Produkte, die nicht über den Markt in die Investition oder den Konsum gehen (wie z.B. die Rüstung), sichern sogar die Rentabilität des Kapitals. Immerhin ist es erfreulich, daß Hoefnagels die Rentabilität als Hindernis zur Vollbe-

schäftigung erkannt hat. Es ist ja ohnehin die Crux der Sozialwissenschaftler, daß sie ohne hieb- und stichfeste Kapitalismusanalyse arbeiten müssen. Entweder verzichten die Wissenschaftler (wie z.B. Prof. Ralf-Bode Schmidt - Betriebswirt - in einem Gespräch mit Prof. Georg Hummel -Volkswirt) auf eine Kapitalismusanalyse und halten sie für überflüssig, oder sie greifen auf Marx zurück und bleiben im Gestrüpp der Widersprüche hängen. Die Kapitalismusanalyse von Gesell ist nicht bekannt (welche Verdrängung!), sie wird ohne Angabe von Gründen nicht gelehrt (wie z.B. an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg), oder es wird ohne Begründung behauptet, sie sei falsch.

TZ 84

Für mich ist es ein Rätsel, daß jener Personenkreis, der hauptberuflich mit diesen Fragen beschäftigt ist, eine Arbeit wie z.B. die des damaligen Privatdozenten für politische Ökonomie an der Technischen Hochschule in Wien, Dr. Otto Conrad, nicht zur Kenntnis nimmt, die 1934 unter dem Titel „Die Todsünde der Nationalökonomie“ veröffentlicht wurde. Conrad schreibt auf Seite 11 dieser Arbeit: ... „So dient die ganze Lehre von den drei Produktionsfaktoren nichts anderem, als der sozialetischen Rechtfertigung des Zinses und der Grundrente. Man pflegt den Gegnern dieser Lehre vorzuwerfen, daß sie soziale Werturteile fällen. In Wahrheit liegt die Sache gerade umgekehrt. Ihre Anhänger sind es, die von politischen Vorurteilen und sozialen Werturteilen geleitet sind. Damit will ich keinen persönlichen Vorwurf erheben. Unter diesen Anhängern befinden sich zahlreiche Forscher, deren ernstes und aufrichtiges Streben nach der Wahrheit über alle Zweifel erhaben ist. Allein die Gutgläubigkeit der Anhänger ändert nichts an der Tatsache, daß die Lehre von den drei Produktionsfaktoren dem Interesse der Besitzenden dient, und daß daher auch die Nationalökonomie, solange sie sich zu dieser Lehre bekennt, als Hüterin persönlicher Interessen auftritt. Das ist die Todsünde der Nationalökonomie.“ ...

TZ 85

Der Baseler Politologe Arnold Künzli macht z.B. seine guten Ansätze in seinem Aufsatz „Partizipation - Letzte Chance der Demokratie“ in „Vorgänge“ Heft 27 / 77 dadurch zunichte, daß er unausgesprochen davon ausgeht, daß der Kapitalismus generell im Privateigentum seine Ursache hat.

TZ 86

Besonders betrüblich ist, daß eine Institution, wie das Institut für Sozialforschung e.V. in

8991 Achberg, das außerhalb des Wissenschaftskartells arbeitet und das versucht, den steinigen Acker für eine neue Menschheitsordnung vorzubereiten, bei aller geübten Kommunismuskritik von der Marx'schen Kapitalismusanalyse ausgeht. Dies wird deutlich aus folgendem Zitat, das der Einladung zur Sommeruniversität -1977 entnommen ist:

„Krankheitsverursachend wirken in der kapitalistischen Gesellschaft die Prinzipien des privaten Kapitaleigentums, des Profits als Wirtschaftsziel und der Lohnarbeit in Verbindung mit einer solchen Funktion des Staates, die nicht nur die kapitalistische Rechtsordnung zu bewahren hat, sondern darüber hinaus auch wesentliche Aufgaben im Bereich der wirtschaftlichen und kulturellen Produktion wahrnimmt. Das System des staatsmonopolistischen Kommunismus ist gekennzeichnet durch eine totale Konzentration aller ökonomischen, politischen und ideologischen Macht in der Hand der Parteibürokratie, die den Staatsapparat beherrscht. Diese Gesellschaftsformationen sind zu einer existenziellen Gefahr für den Fortbestand der Menschheit geworden. Sie müssen durch einen Neuen Weg abgelöst werden.“ ...

Weil die Achberger nicht sehen können, daß Marktwirtschaft und Privatkapitalismus keine Synonyme sind, müssen sie konsequenterweise auch ein neues Kooperations- und Koordinationssystem als Austausch für den Markt finden, da die Zentralverwaltungswirtschaft auch dort als freiheitsfeindlich erkannt wurde. Umwege sind bei der Entwicklung neuer Gesellschaftsformen wahrscheinlich nicht vermeidbar.

TZ 87

„Für den Zwei-Fronten-Krieg gegen Inflation und Arbeitslosigkeit gibt es immer noch kein allgemein anerkanntes Konzept - Friedmans Jünger werden offensiv“, so lautet die Überschrift eines Artikels von Rudolf Herlt in *DIE ZEIT* Nr. 26 vom 17.6. 1977. Herlt schreibt: „Karl Brunner wird ungnädig, wenn er über Keynesianer spricht. Der Professor aus Bern, der jeweils eine Hälfte des Jahres an der amerikanischen Universität Rochester liest, hält die Anhänger der in den dreißiger Jahren entwickelten wirtschaftspolitischen Lehren des britischen Nationalökonom John Maynard Keynes für eine aussterbende Spezies: 'Nur noch auf den Lehrstühlen deutscher Universitäten sind sie zu finden.' Freilich trieben sie noch immer als Wirtschaftspolitiker ihr Unwesen, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa. Und weil die Mehrheit noch in Keynesianischen Kategorien denkt und handelt, wachse die Besorgnis über den Trend in der Wirtschaftspolitik auf beiden Seiten des Atlantiks. In den USA hat die Gegenbewegung schon begonnen. Dort haben zehn Professoren als Spiegelbild zum Offenmarktausschuß des amerikanischen Zentralbanksystems, der die wichtigsten geldpolitischen Entscheidungen trifft, einen 'Schatten-Offenmarktausschuß' gegründet.“...



TZ 88

Wenn man / frau diesen Bericht; liest und. bewußt Begriffe wie „Jünger“ und „Bewegung“ aufnimmt, dann wird einem klar, daß es in den Auseinandersetzungen um ökonomische Theorien mehr um Glaubensfragen als um Erkenntnisarbeit geht. Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Balkenüberschrift zu einem Artikel von Dr. Rolf Breitenstein in der *FRANKFURTER RUNDSCHAU* vom 18.6. 1977, die da lautet: „Das haben wir von Denkern: Eine Menge Geld und nicht mehr so viel Arbeit / Hinter der großen Wirtschaftskrise ein großer Wissenschaftsstreit: Die Kontroverse zwischen den Keynesianern und Milton Friedmans 'Chica-goer Schule“.

TZ 89

Die Ursache dieses Streites ist sicher nicht Böswilligkeit. Ich vermute eher geistige Trägheit, denn wer einmal eine Theorie erarbeitet oder nachvollzogen hat, der behandelt und verteidigt diese Kenntnisse wie einen materiellen Besitz und gibt ihn nicht ohne Druck auf. Friedman schreibt im Vorwort zu der deutschen Ausgabe von „Kapitalismus und Freiheit“: „Der Status quo hat große Autorität. Und die Leute sind nur dem Neuen aufgeschlossen, wenn die bestehenden Einrichtungen nicht funktionieren.“...

TZ 90

Aber zurück zu dem Artikel von Breitenstein in der FR. Er schreibt: „Keynes setzte die Entwicklung seiner Theorien mit einer Kritik des sogenannten 'Say'schen Theorems' an, demzufolge sich jedes Angebot seine eigene Nachfrage schafft: Der Bauer, der ein Schwein schlachtet, erlöst dafür Geld, um sich beim Schumacher Schuhe zu kaufen, der sich dafür beim Arzt behandeln läßt, der sich seinerseits am Schweinefleisch gütlich tut. Keynes hat gezeigt, daß es so glatt nicht geht: Wenn zu wenig konsumiert und zu viel Geld gehortet wird, bleiben manche Anbieter auf ihren Angeboten sitzen, die Nachfrage geht insgesamt zurück und die Volkswirtschaft gerät ins deflationistische Trudeln. Gegen diesen Trend setzt Keynes den Nachfragestoß staatlicher Ausgaben - und Staatsmänner von Roosevelt bis Hitler praktizierten das Rezept beim Bau von Autobahnen und Staudämmen, ehe Keynes es ausformuliert hatte. Als Makro Ökonom berücksichtigte Keynes jedoch nicht die Wirkung der globalen staatlichen Geld-stöße auf die einzelnen Sektoren der Wirtschaft und stellte sich auch nicht der Frage, ob für manches, was mit staatlichem Anstoß produziert wird, vielleicht keine ausreichende Nachfrage vorhanden ist oder - ohne Zwangsmittel - hergestellt werden kann". ...

TZ 91

Die staatlichen Ausgaben und Aktivitäten sind nun aber der Angriffspunkt der Chicagoer Schule, weil dadurch das marktwirtschaftliche Geschehen immer wieder durcheinander gebracht wird.

TZ 92

Es geht hier um die Frage: Welche Theorie ist richtig? Die Liquiditätstheorie oder die Quantitätstheorie des Geldes? Das ist auch die Frage, die Karl Walker in seiner bereits zitierten Arbeit „Das Weltwährungssystem...“ beantwortet. Er schreibt: „Unzweifelhaft geht die heutige Zerrüttung der monetären Ordnung unserer Welt auf die moderne 'Liquiditätstheorie' zurück.“ (Walker TZ 113) Und zur Geldmengenregulierung aufgrund der Quantitätstheorie des Geldes schreibt er: „Es ist auch bis jetzt lediglich eine vage Schätzung, daß - immer noch auf der Basis der Quantitätstheorie - eine durchschnittliche Geldvermehrung von beispielsweise 4 Prozent jährlich die 'richtige' Dosierung sei. Von der Frage abgesehen, daß nicht einmal der Begriff 'Geldmenge' eindeutig definiert ist, ist es auch noch nicht gelungen, die eigentliche Reagibilitätsschwelle für die Funktionszuverlässigkeit der Mengenregulierung zu finden.“ (Walker TZ 163)

TZ 93 „Friedman ist immerhin einer der Köpfe, die sich aus den Ungereimtheiten der Liquiditätstheorie herausgehalten haben; und die Rückkehr zu den Quellen der zuverlässigeren Erkenntnis führt vielleicht notwendigerweise über die Quantitätstheorie - noch ein wenig weiter zurück.“ (Walker TZ 101)

TZ 94

Walker entwickelt in dieser Arbeit die Arbeitswerttheorie des Geldes. In der Anmerkung 13) zu TZ 65 heißt es: „Ich geniere mich nicht, in diesem Zusammenhang zu bekennen, daß ich bis vor 10 Jahren selbst auch noch an Quantitätstheorie und Umlaufgeschwindigkeit geglaubt habe ('Konjunkturpolitische Betrachtungen' 1961; 'Neue Europäische Währungsordnung', 1962). Erste Zweifel und danach fortlaufende Klärungen ergaben sich sodann aber aus der Arbeit mit dem in der Zwischenzeit entwickelten, schon erwähnten Volkswirtschafts-Plan-spiel ...“ (Walker-Modell). Er kommt zu einer Bestätigung des Say'sehen Theorems. Unter der (Walker) TZ 89 heißt es: „Der 'monetäre Anspruch', die 'Nachfrage' darf auf keinen Fall größer werden als die Lieferfähigkeit des Marktes; und sie soll auch nicht hinter ihr zurück-

bleiben. Diese genaue Übereinstimmung von Nachfrage und Lieferfähigkeit ist nach dem Say'sehen Theorem dadurch gewährleistet, daß die Nachfrage aus dem Einkommen und das Einkommen aus der Arbeit und Produktionstätigkeit hervorgeht. Diese Gegenseitigkeits-Bestimmung steuert das Gleichgewicht. Im naturalwirtschaftlichem Gütertausch war nichts anderes möglich als Gleichgewicht.“

TZ 95

Walker sieht genauso wie Keynes (s. Zitat aus Artikel der FR vom 18.6. 1977), daß in der Geldwirtschaft dieses Gleichgewicht durch Liquiditätsvorliebe oder Hortung gestört werden kann. Da er aber mit dem Gesell'schen Umlaufsicherung des Geldes operieren kann, kann er auch formulieren, „daß Papiergeld an sich auch ohne Golddeckung... konformlaufend mit jeder anderen Wertschöpfung kaufkraft-stabiles Geld sein kann.“ (Walker TZ 93).

TZ 96

Um die Geld- und Wertschöpfung zu koppeln, fordert Walker, daß eine Vermehrung der Noten-Bank-Geldmenge nur über den Ankauf von Handelswechsel durch die Notenbank erfolgen dürfe, wobei es selbstverständlich sei, daß der Diskontsatz (der zu zahlende Zins) immer über dem Marktzinssatz liegen müsse, damit erst die im Bankenapparat lagernden Noten nachfragewirksam würden.

TZ97

Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, die einst die naive Quantitätstheorie des Geldes gerettet (Walker), in der freiwirtschaftlichen Literatur eine große Rolle gespielt hat und auch mit jahrzehntelanger Verzögerung Eingang in den Sprachgebrauch der Bundesbank gefunden hat (siehe z.B. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1976, S. 21), hat sich als ein Wendei erwiesen. In der Quantitätsformel:  $U \times G : W = P$  wird das U als Faktor von G dargestellt. Da die Zahlungsgewohnheiten längerfristig ziemlich konstant sind und vor allem die Zahlungsakte sich nicht von den einzelnen Tauschakten lösen lassen (wenn das Geld schneller umläuft, müssen die Güter auch schneller getauscht werden), hat das U auch keinen Faktorcharakter, sondern ist Bestandteil von G (Elimar Rosenbohm). Das, was unter Umlaufgeschwindigkeit verstanden wird - so Rosenbohm - ist eine Verringerung oder Vermehrung der Geldmenge im privaten Sektor durch Hortung und Enthortung. Dieser Sachverhalt wird von Hans Hoffmann, Bern, in neueren Arbeiten bestätigt.(Er spricht vom Ausnutzungsgrad

des Geldes.)

TZ 98

Über die praktische Bedeutung der Aussagen der Freiwirtschaftsschule für das Problem der Arbeitslosigkeit und andere ökonomische Probleme wurde genügend gesagt bzw. angedeutet. Gehen wir jetzt kurz der Frage nach, welche Bedeutung die Freiwirtschaftsschule innerhalb der Wirtschaftswissenschaft einnimmt. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Zwar stehen z.B. im „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“ und dem „Evangelischen Soziallexikon“ unter dem Stichwort „Gesell, Silvio“ von den Professoren Popescu, La Plata und Stützel, Berlin, Beschreibungen dessen, was die Freiwirtschaftsschule ausmacht, auch wurde Prof. Dr. Dauphin-Meunier, Universität Paris, offiziell als Gesellianer geehrt (in der BRD undenkbar), aber in den Standardwerken der Nationalökonomie taucht der Name Gesell, Walker oder anderer Vertreter der Freiwirtschaftstheorie nicht (oder so gut wie nicht) auf. Es ist, als herrsche hier eine Zensur. Da dieses Verschweigen oder Verleugnen sachlich nicht begründet ist (Es sei, man / frau lasse die penetrante Art mancher Gesellianer - die auch ihre Ursache hat - als Grund gelten.), ist die Frage nach dem Warum ein dankbares Operationsfeld für Soziologen und Sozialpsychologen. Mir ist z.B. ein Rätsel, wie angesehene Autoren wie z.B. die Professoren Siegfried Wendt, Walter Eucken und Milton Friedman ihre Bücher „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“, „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ und „Die optimale Geldmenge“ schreiben konnten, ohne Gesell oder die Freiwirtschaftsschule zu nennen.

TZ 99

Keynes hat da ein anderes Format gehabt, er schreibt auf Seite 300 der „Allgemeinen Theorie“... „Trotz des prophetischen Schmuckes, mit dem ihn seine Verehrer ausgestattet haben, ist Gesells Hauptwerk in kühler, wissenschaftlicher Sprache geschrieben, obschon es durchweg von einer leidenschaftlicheren, einer erregteren Hingebung für gesellschaftliche Gerechtigkeit durchströmt ist, als manche für einen Gelehrten schicklich finden. Der Anteil Henry Georges, obschon ohne Zweifel eine wichtige Quelle der Stärke der Bewegung, ist von ganz untergeordnetem Interesse. Der Zweck des Buches als Ganzes kann als die Aufstellung eines antimarxistischen Sozialismus beschrieben werden, eine Reaktion gegen das laissez-faire, auf theoretischen Grundlagen aufgebaut, die von jenen von Marx grundverschieden sind, indem sie sich auf eine Verwerfung, statt auf eine Annahme der klassischen Hypothesen stützen, und auf eine Entfesselung des Wettbewerbes, statt auf seine Abschaffung. Ich glaube, daß die Zukunft mehr vom Geiste Geseils als von jenem von Marx lernen wird. Das Vorwort zu 'Die

natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld' wird dem Leser, wenn er es nachschlägt, die moralische Höhe Gesells zeigen. Die Antwort auf den Marxismus ist nach meiner Ansicht auf den Linien dieses Vorwortes zu finden.“ ...

#### TZ 100

Die Keynesianer haben es Keynes sehr übel genommen, daß er selbst Gesell in seinem Werk gewürdigt hat. In einer der Passagen, wo Keynes sich bemüht, von Gesell abzurücken, schreibt er; „Gesell zog die halbreligiöse Verehrung auf sich, die früher Henry George umgab und wurde der verehrte Prophet eines Kultes mit Tausenden von Anhängern in der ganzen Welt.“ Ob Keynes bei der Niederschrift dieser Zeilen (1936) wohl ahnte, daß die gleiche Aussage später auch für ihn gelten würde? Ich habe Dozenten der Wirtschaftswissenschaft erlebt, die seinerzeit glaubten, daß mit Karl Schiller als Wirtschaftsminister das keynesianische Paradies eingeführt würde. Es ist wenig klug, sich im wirtschaftspolitischen Getriebe von Gläubigkeit leiten zu lassen. Noch schlimmer ist es aber, sich von Nebenerscheinungen ablenken zu lassen und die Ignoranz zum Führer durch das Dickicht zu wählen.

#### TZ 101

In den Stätten der Wissenschaft, den Hochschulen und Instituten wurde eine Ausbeute der Freiwirtschaftstheorie im Großen und Ganzen bisher versäumt. Bei der Akzeptierung freier Wechselkurse und der Quantitätstheorie des Geldes als Voraussetzungen einer freien und sozialen Wirtschaftsordnung durch die Wissenschaft wurden Bezugnahmen auf freiwirtschaftliche Quellen (mit wenigen Ausnahmen) peinlichst vermieden. Produziert und gelehrt wurden Vorurteile übler Art.

#### TZ 102

Von den amtierenden Wissenschaftlern kann ich nur Prof. Dr. Felix Binn nennen, der offen die Aussagen der Freiwirtschaftsschule zum Gegenstand seiner Forschungen gemacht hat. Dabei ist es so, wenn man / frau die freiwirtschaftliche Literatur durchsieht, sind es bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nicht wenige Wissenschaftler, die Freiwirtschaft gelehrt haben. Der prominenteste Vertreter im Ausland war wohl Prof. Irving Fisher aus den USA, der seinerzeit den Rang hatte, wie Friedman heute. „Er schrieb von sich, er sei nur 'ein bescheidener Apostel des Kaufmannes Silvio Gesell'.“ (Irving Fisher, „Feste Währung - Illusion und Wirklichkeit“, Heidelberg 1948, S. 6).

TZ 103

Jahrzehntelang hat sich die offizielle Wirtschaftswissenschaft der groben Fahrlässigkeit schuldig gemacht. Die Freiwirtschaftsschule wurde in ein außeruniversitäres Getto verbannt, sie konnte nur nebenberuflich von einigen selbstbewußten Individualisten, die sich nicht von dem Bannstrahl der Wissenschaftspäpste beeindruckten ließen, bewahrt und weiterentwickelt werden, während die hauptberuflichen Vertreter in ihrer Mehrheit für saftige Gehälter nichtssagende Beiträge zur Lösung der chaotischen ökonomischen Zustände dieser Welt lieferten. Was soll Wissenschaft, wenn sie nur unbrauchbares Wissen schafft?

TZ 104

Wenn heute Wissenschaftler der Sozialökonomie, die Vertreter der verschiedenen Ökonomieschulen, fruchtbar zusammenarbeiten wollten - und das ist eine Bedingung ihrer Wissenschaftlichkeit - , dann müßten sie es in der Art und Weise tun, wie sie Karl Marx von Proudhon in einem Brief angeboten wurde. Proudhon schreibt: „Mein lieber Herr Marx! Gerne bin ich bereit, mich an ihrer Korrespondenz zu beteiligen, deren Zweck und Ziel mir sehr nützlich zu sein scheint. Ich verspreche jedoch nicht, daß ich Ihnen viel und oft schreiben werde: alle möglichen Beschäftigungen, verbunden mit einer angeborenen Trägheit, erlauben mir derartige briefliche Belastungen nicht. Ferner möchte ich auch einige Einwendungen erheben, die mir durch verschiedene Stellen Ihres Briefes aufgestoßen sind. In den Grundzügen wenigstens liegt meine Meinung fest und, obgleich ich an der Korrespondenz teilhabe und ihre Verwirklichung will, glaube ich, daß es meine Pflicht, ja die Pflicht eines jeden Sozialisten ist, für einige Zeit noch eine abwartende oder Zweifel hegende Haltung einzunehmen; mit einem Wort, ich bekenne mich zu einem fast völligen wirtschaftlichen Anti-Dogmatismus. Lassen Sie uns zusammen, wenn Sie wollen, die Gesetze der Gesellschaft aufsuchen, die Art und Weise, wie diese Gesetze sich verwirklichen, die Methode festlegen, nach der wir verfahren wollen, um sie zu entdecken; aber bei Gott: nachdem wir alle Dogmen als allererstes (a priori) zerstört haben, dürfen wir nicht daran denken, unsererseits nun dem Volk feste Lehrensätze vorzusetzen, wir dürfen nicht in den Widerspruch Ihres Landsmannes Martin Luther verfallen, der, als er die katholische Theologie über den Haufen geworfen hatte, sich sofort mit der wirksamen Macht der Exkommunikation und des Kirchenbannes daran gab, eine protestantische Theologie zu gründen. Seit drei Jahrhunderten ist Deutschland ausschließlich damit beschäftigt, das von Luther künstlich aufgeführte Gebäude zu zerstören; stiften wir nicht durch eine neue Arbeit einen neuen Wirrwarr in der menschlichen Gesellschaft. Ich begrüße Ihre Absicht, alle Meinungen zu Worte kommen zu lassen aus vollem Herzen; lassen

Sie uns eine gute und loyale Polemik führen, geben wir der Welt das Beispiel einer weisen und weitblickenden Duldsamkeit, aber, da wir an der Spitze einer Bewegung sind, dürfen wir uns nicht zu Führern einer neuen Unduldsamkeit machen, dürfen uns nicht als Apostel einer neuen Religion einsetzen und wäre es die Religion der Logik, die Religion der Vernunft. Nehmen wir alle Einwendungen mit Freuden auf, unterstützen wir sie; brandmarken wir jede Ausschließlichkeit, alle Unklarheiten; sehen wir eine Frage nie als erledigt an, und wenn wir selbst unseren letzten Einwand erschöpft haben, laßt uns von neuem beginnen und wenn es nötig ist, mit Beredsamkeit und Ironie. Unter dieser Bedingung werde ich gerne in Ihre Gesellschaft eintreten, anderenfalls nein!“ (Aus 'La Pensée vivante de P. J. Proudhon' von Lucien Maury, Editions Stock, Paris 1942, Übersetzt von W. Brude - zitiert aus „Die Gefährten“, Nov.-Dez. 1947)

TZ 105

Und die Sozialisten in der politischen Arena sollten sich die Worte von Karl Kautsky zu Herzen nehmen, der 1919 in „Diktatur des Proletariats“ schreibt (hier zitiert aus einem Rundschreiben von Georg Otto vom Mai 1976):

„Genau genommen ist nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dies besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse ...

Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns deshalb in diesem Kampf als Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen. Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums allein oder am zweckmäßigsten erreichbar sei ... dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben. Ja, wir müßten es tun, gerade im Interesse unseres Endzieles.“

TZ 106

Diesen Absatz möchte ich abschließen mit einem Zitat aus „Kämpfe, Spiele und Debatten“ von Anatol Rapoport (hier zitiert aus "Darmstädter Blätter - wir lesen für Sie", 2/77, S. 59) :  
"Bevor Gedanken Früchte tragen, müssen sie keimen. Die wichtigste unmittelbare Folge eines Gedankens ist, daß er zu weiteren Gedanken anregt. Ich vermute, daß die wichtigste Folge einer systematischen und vielseitigen Untersuchung des Konflikts jene Veränderungen sind, die eine solche Untersuchung in uns selbst, den bewußten und unbewußten, freiwilligen

und unfreiwilligen Teilnehmern an Konflikten, bewirkt. Deshalb ist der Lohn, der sich realistischerweise erwarten läßt, ein indirekter, wie das bei den Söhnen der Fall war, denen gesagt wurde, sie sollten nach dem vergrabenen Schatz im Weinberg graben. Sie fanden keinen Schatz, aber sie verbesserten den Boden“.

TZ 107

Nun rücke ich unsere Politiker in den Brennpunkt der Kritik - wenn auch aus verschiedenen Gründen nicht so intensiv und umfangreich, wie ich es selbst für wünschenswert halte. Es ist schon ein Mangel der Politiker in der Demokratie, daß sie die Verhältnisse so gestaltet haben, daß ihre Tätigkeit in den Parlamenten und deren politischen Vorräumen fast nur noch hauptberuflich ausgeübt werden kann. Ein hauptberuflicher Demokrat ist aber kein Demokrat mehr.

TZ 108

Der Staat wird von unseren Demokratiefunktionären immer mehr zu einem Mammutkonzern ausgebaut (Charles Reich, „Die Welt wird jung“) u.z. bis der nächste Diktator das Ruder übernimmt, oder bis sich die Einsicht durchsetzt, daß der Staat für eine freiheitliche Gesellschaft nur eine Hilfsorganisation zu sein hat, nicht mehr. Wenn dies bedacht wird, lassen sich die Rahmenbedingungen formulieren, die der Gesellschaft und ihren Individuen die Luft zum freien Atmen lassen und ein Leben ohne Arbeitslosigkeit und Armut ermöglichen.

TZ 109

Vorerst ist aber noch so, daß unsere Parlamentarier sich durch ihre Orientierungslosigkeit immer mehr in den Sumpf hinein strampeln. Genausowenig wie ein Ertrinkender im Sumpfmoor sich aus eigener Kraft aus seiner Lage befreien kann, können sich die Abgeordneten aus den selbstverschuldeten Sachzwängen, Verstrickungen, Widersprüchen und Überforderungen befreien. Hilfestellungen von einzelnen Bürgern außerhalb der Parlamente bleiben wirkungslos. Die Abgeordneten und Mitglieder der Regierungen sind doch gar nicht mehr in der Lage, aus der Flut der Informationen das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden. Die politischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter sind dabei auch keine Hilfe, weil diese mit den Augen ihrer Lehrer sehen und daher alle Empfehlungen von außen nur durch die Brille ihrer eigenen Vorurteile lesen.

TZ 110

Wer von den Aktivbürgern hat noch nicht die Erfahrung gemacht, daß Briefe - wenn über-



haupt - nur mit Standardfloskeln beantwortet werden. Der Eingang wertvollen Informationsmaterials wird nicht einmal bestätigt. Es hat auch keinen Sinn, Beschlüsse in den Parteigremien mit vielen Kompromissen zu beschließen, die dann vom Beschluß des nächsten Gremiums konterkariert werden und sowieso nicht von den jeweiligen Fraktionen in den Parlamenten übernommen werden (können).

TZ 111

Ich sehe im Moment nur noch eine Chance darin, daß die Bewußtseinslage der Abgeordneten und der sie tragenden Wähler sich ändert. Dies wird aber nur unter Druck geschehen, ein Druck, der vom Willen zum demokratischen Überleben ausgehen kann und der durch eine Ökonomie-Bewegung verbalisiert und verstärkt werden müßte. Eine Bewegung, die noch stärker zu sein hätte als die der Ökologie-Bewegung, nicht im Gegensatz, sondern in Partnerschaft zu ihr stehend.

TZ 112

Kein Abgeordneter ist gezwungen, im Parlament zu bleiben, auch wenn er an der goldenen Kette der hohen Diäten liegt. Wer als Abgeordneter trotzdem bleibt, aber nicht in der Lage ist, neue Ideen zu verarbeiten und Fraktionszwänge zu sprengen, um Koalition (Mehrheiten) des freiheitlichen Fortschrittes über alle Parteigrenzen hinweg zu bilden, ist ein moralischer Versager. Hitler war uns nicht vom Schicksal bestimmt, sondern wurde uns von den damaligen Parlamentariern beschert, weil diese mit den ökonomischen Problemen nicht fertig wurden.

TZ 113

Mitläufertum nützt niemanden etwas, ist nicht einmal als Entschuldigung mit dem Hinweis auf „wollte Schlimmeres verhüten“ tauglich. Widerstand zu leisten, kann manchmal die erste Bürgerpflicht sein. Schwierig ist diese Aufgabe, wenn ein Diktator oder Klassenfeind nicht greifbar ist. Wir sollten uns aber den jeweiligen Parteifreund oder Genossen erst dann wieder als Gesprächspartner und Mitstreiter zur Verfügung stellen, wenn diese nicht mehr durch tagespolitische Oberflächenprobleme jede tiefergehende Behandlung unserer Gesellschaftsprobleme verhindern und Einigkeit darüber herrscht, daß sachliche Richtigkeit nicht durch Beschlüsse bestimmt werden kann.

TZ 114

Das politische Unbehagen, das ich hier verbalisiert habe, wird von vielen Zeitgenossen geteilt. Sogar der oberste Repräsentant unserer Demokratie, unser Bundespräsident Walter Scheel gibt - verhaltener - ähnliche Äußerungen von sich. In seiner Rede vom 11. 2. 1977 zur Verleihung des Theodor-Heuss-Preises sagte er u.a.-: „Den Parteien machen, mehr oder minder, Flügelkämpfe zu schaffen. Kann der Vorschlag zu einer Neubesinnung nicht zu neuen Flügelkämpfen führen? Und wenn man einen neuen Gedanken versucht, ist dann der politische Gegner nicht allzu bereit, zu behaupten, dieser Gedanke sei möglicherweise gar verfassungswidrig? Also läßt man es lieber. Und wie steht es mit der Information? Werden die wissenschaftlichen Forschungen, die uns die Grundlagen einer sachgerechten Diskussion unserer wahren Probleme ermöglichen, von den Wissenschaftlern, den Politikern, den Massenmedien eigentlich geliefert? Verdrängt nicht die Aktualitätssucht der Medien die eigentlichen langfristigen Probleme? - Ich bin gespannt darauf, was die Medien morgen von diesem Vortrag als wichtig bringen werden. - Und führt das nicht wieder dazu, daß sich die Politiker hauptsächlich mit dem beschäftigen müssen, was die Medien für aktuell halten? Wer spricht heute noch von den Schwierigkeiten der Bildungspolitik? Wer spricht heute von der immer noch steigenden Drogensucht? Läßt die Flut der Gesetze unseren Abgeordneten überhaupt noch die Zeit und die Möglichkeit, in der Masse des Unwesentlichen die zwei Gesetze zu erkennen, die unsere Zukunft verändern? Stimmt der alte Gegensatz zwischen Konservativen und Progressiven eigentlich noch? Und wird dieser Gegensatz den neuartigen Problemen noch gerecht? Gibt es nicht einen neuen Konservatismus, der die überkommenen Natur- und Kulturwerte vor einem zerstörerischen, technischen Fortschritt schützen will, und neue Progressive, die den Fortschritt nicht mehr wirtschaftlich, sondern nach den Kategorien der Lebensqualität beurteilen? Stehen sich Neuprogressive und Neukonservative nicht näher als Neukonservative und Altkonservative bzw. Neuprogressive und Altprogressive? Fragen über Fragen. Wie man sie sich auch beantworten mag: der Versuch, Neues zu denken, hat es schwer in unserem Lande, und dennoch muß dieser Versuch gemacht werden.“... (Hier zitiert aus: „Das Gespräch aus der Ferne“, Nr. 265)

TZ 115

Und in einem Gespräch mit Werner Höfer, das unter dem Titel „Ich bin eine Bürgerinitiative“ im *STERN MAGAZIN* (Nr. 26, 1977, S. 66) veröffentlicht wurde, sagt Walter Scheel auf die Frage von Höfer: „Von allen Problemen, mit denen die Industrienationen fertig zu werden haben, ist das der Arbeitslosigkeit das härteste. Kennen Sie ein Rezept?“

SCHEEL: Es gibt eine große Zahl von Vorschlägen. Einer ist der, über die Arbeitszeitverkürzung etwas zu bewirken. Ich halte diese Idee, die der Gewerkschaftschef Vetter in die Diskussion brachte, für eine der Möglichkeiten, zu einer allmählichen, aber stetigen Verminderung unserer Arbeitslosenanzahl beizutragen. Wir müssen auch denen, die Arbeit haben, zumuten, für ihre arbeitslosen Kollegen ein Opfer zu bringen, indem sie ihnen ein Teil ihrer Arbeitszeit zur Verfügung stellen.

HÖFER: Aber trauen Sie den Parlamenten und Parteien überhaupt noch die Lösung solcher Probleme zu?

SCHEEL: Wenn man sieht, was Parlamente und Parteien heute zu tun haben, wie sie von den Tagesproblemen aufgefressen werden, muß man sich Sorgen machen, ob sie diese Aufgabe noch zusätzlich lösen können.“

### Dritter Teil

TZ 116

Mein Thema werde ich auf diesen Blättern mit einer Skizze über die Neuordnung der Arbeitslosenversicherung abschließen. Ich gehe dabei davon aus, daß Massenarbeitslosigkeit keine unvermeidbare Naturerscheinung ist; sie ist auch keine Nebenerscheinung der Marktwirtschaft, sondern sie ist ursächlich verknüpft mit dem Kapitalismus, der nicht im Eigentum (ausgenommen Bodeneigentum) wurzelt, sondern in unserer Geldverfassung.

TZ 117

Die Massenarbeitslosigkeit zu beheben und künftig mit dem Instrumentarium der Freiwirtschaftsschule zu vermeiden, bewirkt gleichzeitig den sanften Tod des Kapitalismus. Dies mag u.a. erklären, daß Vertreter dieser Schule auch noch in der vierten Generation nach der Entdeckung der Konstruktionsfehler im Geldwesen durch Jean Silvio Gesell fragen müssen, wie sie ihr Wissen auf die Ebene politischer Entscheidungen heben können. Im zentralen Angriff auf den Kapitalismus jeglicher Prägung kann aber nur eine Quelle des Widerstandes gegen die Anwendung freiwirtschaftlicher Konjunkturpolitik vermutet werden.

TZ 118

Die zweite Quelle des Widerstandes ist nur erkenntnistheoretisch zu erklären. Es ist einfach

ein Faktum, daß trotz des Bemühens um exakte Denkweise und des Versuches, naturwissenschaftliche Methoden der jeweiligen Personen und Gruppen im sozialwissenschaftlichen Bereich anzuwenden, für die selben Vorgänge unterschiedliche Erklärungen gefunden werden. Nun ist es wohl so, daß der Erkenntnistrieb der Forscher in einem bestimmten Zeitabschnitt begrenzt ist. Irgendwann werden Widersprüche einfach zugedeckt. Erklärungen werden durch herrschende Lehrmeinungen (die Glaubenssätze sein können oder unbewußt die Wirklichkeit widerspiegeln) ersetzt. Wissenschaftler, die abweichende Lehrmeinungen vertreten, werden als Außenseiter oder Sektierer abgestempelt. Probleme lassen sich so selbstverständlich nicht lösen, höchstens vermehren.

Wenn die Fakten nicht mit der herrschenden Lehrmeinung übereinstimmen und die betreffenden Probleme genügend Druck verursachen, kommt wieder Bewegung in die Wissenschaft und Politik. Neues Suchen, neues Festlegen folgt.<sup>1</sup>

Ein mühsames Herantasten an die Wirklichkeit. Für jene Forscher und Politiker, die schneller an die Wirklichkeit herangekommen sind, sich aber nicht durchsetzen konnten, ist das ein geistig qualvoller Vorgang.

#### TZ 119

Der dritte Grund des Widerstandes gegen freiwirtschaftliche Konjunkturpolitik ist sicher im Opportunismus des Menschen zu suchen. Der Opportunismus ist in der Mehrzahl der Zeitgenossen stärker ausgebildet als der Pioniergeist. Eine Sache wird in Gremien erst dann unterstützt, wenn sicher ist, daß die Mehrheit dahinter steht.

#### TZ 120

Da das große Risiko der Massenarbeitslosigkeit aufgrund von Unterlassung gesetzgeberischer Maßnahmen und deren Durchführung nur durch Organe unseres Staates verursacht werden kann, hat der Staat den Schaden des einzelnen Betroffenen (über die Steuerumlage) voll zu zahlen. Wir brauchen also hierfür keine Arbeitslosenversicherung. Das Bundessozialhilfegesetz könnte entsprechend ausgebaut werden.

#### TZ 121

Damit alle drei Ebenen unseres föderalen Staates entsprechend ihres Einflusses oder ihrer Nähe zu den Regionen der Massenarbeitslosigkeit genügend bestrebt sind, diese zu beseitigen, sollte die Finanzierung dieser neuen Arbeitslosenhilfe in folgenden Anteilen aufgebracht

1 Peter H. Hofstätter beschreibt in "Gruppendynamik" (rororo Nr. 58) das Suchen und Festlegen als Gruppenleistung.

werden: 3/6 vom Bund, 2/6 von den Ländern, 1/6 von den Kommunen.

TZ 122

Da nicht auszumachen ist, ob im Einzelfall die Arbeitslosigkeit durch die Konjunkturpolitik oder durch Ursachen, die in der jeweiligen Person des Arbeitnehmers zu suchen sind, bewirkt wurde, kann die Arbeitslosenhilfe sich nur am Existenzminimum orientieren. Die Kommune sollte das Recht erhalten, Arbeitslose, die Arbeitslosenhilfe bekommen, jederzeit für kommunale Arbeiten - sofern dadurch nicht gewerblichen Unternehmen die Existenzgrundlage entzogen wird - einzusetzen. Der Leistungsanreiz sollte auch hier noch gegeben werden durch Zulagen bei entsprechendem Leistungseinsatz der Arbeitslosen.

TZ 123

Das kleine Risiko der Arbeitslosigkeit z. B. hervorgerufen durch Wandlungen im Markt (Aussterben von Berufen) oder fehlende Nachfrage der angebotenen Fähigkeit, z.B. im Falle des Umzuges der Familie an einen neuen Wohnort, ist nach versicherungskaufmännischen Kriterien kalkulierbar und daher versicherbar. Wir brauchen dafür keine Bundesanstalt für Arbeit.

124

Damit der Arbeitnehmer (als Ratsuchender und Arbeitsloser) aber aus der staatlichen Bevormundung herauskommt und damit der oft moralisierenden Kritik gesellschaftlicher Gruppen der Boden entzogen und der Arbeitnehmer gegen Benachteiligungen geschützt wird, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Die Bundesanstalt für Arbeit verliert das Monopol für:
  - a) Arbeitslosenversicherung
  - b) Arbeitsvermittlung
  - c) Berufsberatung
  
2. Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag wird entsprechend dem Risiko bemessen:
  - a) nach der Höhe des Arbeitslosengeldes
  - b) nach dem Zeitpunkt des Einsetzens des Arbeitslosengeldes
  - c) nach der Dauer der Leistung
  - d) nach der Vermittlungsebene (gleiche, gleichwertige, "minderwertige" Tätig-

- keit)
- e) nach Vereinbarungen über Beitragsrückerstattungen in Fällen, wo eine Arbeitslosigkeit (Versicherungsfall) in bestimmten Zeitabschnitten nicht eintritt.
3. Umschulungen und- Berufsbildungsmaßnahmen werden nur auf Darlehnsbasis finanziert. (Rehabilitationsansprüche gegen andere Versicherungen sind hiervon nicht betroffen).
  4. Der halbe, vom Arbeitgeber zu tragende Beitrag zur Arbeitslosenversicherung - für die Unternehmen genauso Lohnkosten wie das Gehalt -, sollte um der Klarheit willen voll als Arbeitnehmerbeitrag ausgewiesen werden. Abgesichert muß dabei nur werden, daß die Lohnsteuer durch diese Maßnahme nicht steigt. Diese richtige Zurechnung der Versicherungskosten entzieht auch den Arbeitgebern die Grundlage für eine Einflußnahme auf die Arbeitslosenversicherung.
  5. Arbeitslosenversicherungen und Beratungs- und Vermittlungsdienste können als neue Aufgaben (im Wettbewerb mit anderen Institutionen) von unseren Gewerkschaften betrieben werden.
  6. Die Beratung für Abgänger aus den Schulen und Hochschulen, die ja noch keine Beiträge gezahlt haben, werden durch die Haushalte der Kultusminister finanziert. Die Schulabgänger erhalten Schecks, mit denen sie Berater ihrer Wahl aufsuchen und bezahlen können. Es ist aber auch möglich, daß diese Beratung aus werblichen Gründen als Vorausleistung gebracht wird, wenn verschiedene Anbieter miteinander konkurrieren.

### Ein Nachwort, das auch als Vorwort gelesen werden kann.

Auf der Fahrt zur 49./50. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung ... in Herrsching am Ammersee teilte ich mit einem - wie sich herausstellte - Volkswirt das Zugabteil. Er berichtete mir von seinem frustrierenden Studium an der Technischen Universität in Berlin. Ich nahm

die Gelegenheit wahr, diesen Volkswirt, der jetzt ein Referendariat absolviert, als Testleser für mein Manuskript zu „mißbrauchen“. Mir ging es um die zwei Fragen: 1.) Ist der Text für andere lesbar? 2.) Wie steht es mit meiner Behauptung, daß freiwirtschaftliche Lösungsansätze unserer ökonomischen Probleme an den Hochschulen tabuisiert seien? In diesem wie weiteren Tests wurde mir die Lesbarkeit bestätigt, aber leider auch die Tatsache, daß Begriffe wie „Gesell“ oder „Freiwirtschaftstheorie“ bis dato trotz Ökonomie-Studium unbekannt waren.

Ein Professor der Volkswirtschaftslehre - er bat mich, seinen Namen nicht zu nennen- gestand, daß er schon sehr früh bei einer geld- und kreditpolitischen Arbeit auf den Namen Gesell gestoßen sei. Er hätte seine Aussagen aber nicht weiter geprüft, weil Gesell von der herrschenden Lehre als Krypto-Ökonom bewertet würde.

Für einen auf Karriere bedachten Professor (oder Studenten) kann es durchaus angebracht sein, daß er die Augen von Texten der Freiwirtschaftsschule läßt. Denn als ich auf der Rückfahrt den Schriftwechsel zwischen dem Titularprofessor und Städtebauer Hans Bernoulli und der schweizerischen Schulbehörde las (veröffentlicht im Anhang des Buches "Bürger für die Gesetze" von Friedrich Salzmann), wurde mir erneut klar, daß die Beschäftigung mit der Freiwirtschaft nichts für ängstliche Menschen ist. Bernoulli wurde 1939 nach 25jähriger Lehrtätigkeit als Städtebauer an der Eidgenössischen Technischen Hochschule der Lehrauftrag gekündigt und der Professorentitel aberkannt, weil er es nicht lassen wollte, sich außerberuflich und außerhalb der Lehrtätigkeit für die Freiwirtschaft einzusetzen.

Berichtigen muß ich die Aussage im zweiten Teil meiner Ausführungen, daß mir nur ein deutscher Professor bekannt sei, der Aussagen der Freiwirtschaftstheorie zum Gegenstand seiner Forschung gemacht hätte. Prof. Dr. Joachim Starbatty (Universität Bochum) hielt auf der o. a. Tagung einen Vortrag mit dem Titel: „Eine kritische Würdigung der Geldordnung in Silvio Gesell's utopischem Barataria ("Billigland").“ Starbatty führte einleitend aus, daß fast alle bedeutenden Köpfe in der Nationalökonomie von Haus aus keine Berufsökonomien gewesen wären, aber auch bedeutende Berufsökonomien wären zu Lebzeiten von den Kollegen ignoriert worden. Gesell befände sich also in bester Gesellschaft. Starbatty kommentierte die genannte Schrift von Gesell zusammenfassend (sinngemäß) wie folgt: "Barataria" oder "Der verblüffte Sozialdemokrat" ist eine meisterhafte Parabel, hervorragend geeignet zur Einführung in das schwierige Gebiet von Geld und Zins, und ein Exerzierfeld für die Nationalökonomie. (Der Vortrag und die Schrift erscheinen als Sonderdruck der "Fragen der Freiheit").

Ich habe Prof. Starbatty gefragt, warum er dieses Thema behandelt hätte. Er antwortete (sinngemäß): Nachdem er im vorigen Jahr an gleicher Stelle über „Die Interdependenz von Staat, Wirtschaft und Kultur in der 'Utopia' des Thomas Morus“ gesprochen hätte (Fragen der Freiheit Nr. 123), wäre er von Heinz Peter Neumann, Direktor der LVA Berlin, auf die Utopia von Gesell aufmerksam gemacht worden. Er hätte den Text geprüft und enorm viel dabei gelernt. Auf meine Kontrollfragen, ob er 1. Schwierigkeiten bekäme, wenn er eine Vorlesung in der Uni über Gesell halten würde, und 2. ob es nicht seltsam wäre, daß ein Professor durch außerhalb der Universität stehende Personen auf Gesell hätte aufmerksam gemacht werden müssen, erhielt ich (sinngemäß) folgende Antworten:

Zu 1.): Eine Vorlesung über Gesell würde mir keine Schwierigkeiten einbringen.

Zu 2.): Es ist nicht außergewöhnlich, daß man innerhalb der Universität aufgrund der begrenzten Verarbeitungsmöglichkeit über manche Personen und Theorien nur ungenaue, verzerrte oder gar keine Informationen erhält.

Ein sachkundiger Freund, der an manchmal unangebracht aggressiv oder überheblich formulierende Flugblattschreiber erinnerte, meinte, meine erste Zielsetzung sei zu aggressiv, die zweite zu anmaßend ausgefallen. Solche Aussagen könne ich höchstens zum Schluß meiner Ausführungen machen.

Eine Studentin sagte: „Die dritte Zielsetzung würde ich streichen.“ Sie enthält ein Angebot an bestimmte Arbeitslose, die sich an Hand meiner Ausführungen entscheiden sollen, ob es ihnen sinnvoll erscheint, mit mir Kontakt aufzunehmen.

Ich habe daraufhin die Zielsetzungen nochmals jungen Menschen (Studenten) vorgelesen, die nicht freiwirtschaftlich vorbelastet sind. Kommentar: Wer sich betroffen und angesprochen fühlt, wird die Aussagen auch richtig verstehen.

Eine Studentin der Ökonomie fand meine Darlegungen gut, nicht aber meine Bemerkungen zum Bodenrecht. Es stellte sich heraus, daß die In-Frage-Stellung des geltenden Bodenrechts ihre persönliche Interessenlage berührte.

Da zwischen Konzipierung einer solchen Schrift und der Anfertigung der Druckvorlage einige Wochen vergehen, habe ich nochmals an Presseartikel geprüft, ob ich neue Aspekte hinzufügen müßte. Weder die Berichterstattung über die Sitzung des Wirtschaftskabinettes in Hamburg am 9. 8. 77 noch Beiträge wie z. B. „Arbeitslosigkeit - unlösbar?“ von Michael Jungblut oder „Hunderttausend Drückeberger?“ von Gerhard Ahl (beide in: *DIE ZEIT*, Nr. 33 abgedruckt) haben meine Argumentation und Informationshinweise „überholt“.



In letzter Zeit ist viel von den Richtungskämpfen in der F.D.P. geschrieben worden. Ausgang dieser Diskussion über die richtige liberale Wirtschaftspolitik sind zwei Ergebnisprotokolle von zwei F.D.P.-Kommissionen. Unter Vorsitz von Hans Friderichs wurden die „Grundzüge Liberaler Wirtschaftspolitik“ und unter dem Vorsitz von Gerhart Baum die „Aktuellen Perspektiven des Sozialen Liberalismus“ erarbeitet. Nach einem ersten Prüfen dieser beiden Schriften halte ich die Aufregung über die unterschiedlichen Auffassungen für übertrieben. Gute Ansätze, besser Grundsätze, sind von beiden Kommissionen erarbeitet worden. Der Unterschied besteht nach m. E. darin, daß die Baum-Kommission die Mittel zur Zielerreichung (Vollbeschäftigung u. a. Ziele) aus Elementen gängiger Theorie formt (und damit selbstverständlich nicht ohne Zielkonflikte Erfolg haben kann) und die Friderichs-Kommission die Mittel gar nicht erst zu beschreiben versucht. Unter den gegebenen Umständen (d. h. ohne bessere verfügbare Theorie) müßten bei der Umsetzung der „Grundzüge liberaler Wirtschaftspolitik“ doch Anleihen bei den „Aktuellen Perspektiven des sozialen Liberalismus“ gemacht werden. Es genügt nicht „Ein liberaler Starrkopf“ (DIE ZEIT über Wirtschaftsminister Friderichs) zu sein. Erst derjenige Wirtschaftspolitiker verdient die Bezeichnung Marktwirtschaftler, der bei Auflösung der Zielkonflikte einen gangbaren Weg zeigt und begeht.

Der folgende Satz aus den „Grundzügen ...“ ist voll zu bejahen: „Entscheidend bleibt, daß der Staat die richtigen Rahmendaten setzt und die Volkswirtschaft für Strukturwandel offen ist.“ (Seite 12). Darüber, wie viel Rahmendaten vom Staat gesetzt werden müssen und wie sie inhaltlich auszusehen haben, muß intensiver nachgedacht werden. Im Gegensatz zu den F.D.P.-Kommissionen sehe ich die Möglichkeit, daß der Staat (mit kybernetischen Steuerungssystemen) die Konjunktur stabilisieren kann, „ohne die Konsum- oder Investitionsfreiheit zu beschneiden.“

Auf diese Möglichkeit hinzuweisen, ist mein Anliegen. Der Weg dahin ist unvermeidbar mit Namen und Theorien verbunden, die aber im Sinne der Zielerreichung nur eine Wegweiserfunktion haben. Wenn mir einer nachweist, daß es bereits bessere Problemlöser gibt als jene, die von der Freiwirtschaftsschule erarbeitet wurden, so will ich sie gerne aufnehmen, prüfen und die Ergebnisse dieser Prüfung weiterreichen.

HINWEISE AUF FREIWIRTSCHAFTLICHE LITERATUR UND  
BEMERKUNGEN ÜBER FREIWIRTSCHAFTLICHE VERLEGER UND  
AUTOREN

**LITERATUR** (siehe Anmerkungen unter Kontaktanschriften)

1. Zur Freiwirtschaftstheorie

- Gesell, Silvio, Die natürliche Wirtschaftsordnung, 9. Auflage 19<sup>9</sup>, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf/Nürnberg,  
Winkler, Ernst, Theorie der Natürlichen Wirtschaftsordnung, 1952, Vita-Verlag, Heidelberg-Ziegelhausen  
Hochstetter, a) Geld und Kredit als Störer der modernen Tauschwirtschaft, 2. Auflage 1936  
b) Die Gütertauschlehre - Eine Musterung der liberalen Nationalökonomie 1935, Rudolf Zitzmann-Verlag, Lauf

2. Übersichten

- Hess, Willy, Die Werke von Silvio Gesell - Versuch eines vollständigen Verzeichnisses aller seiner Bücher, Broschüren, Flugblätter und Artikel  
Verlag Freiwirtschaftliche Schriften, Bern 1975
- Gunkel, Erich, Gesellarchiv Grabe - Friedensbücherei Paul von Schoenaich zum Gedächtnis  
Vertrieb des Verzeichnisses: FSU, Feldstr. 46, 2000 Hamburg 6  
Leiter des Archivs: Erich Gunkel, Fr.-Ebert-Str. 20, 2080 Pinneberg

3. Theorienvergleich

- Stanisic, P., Marx oder Gesell? (Ein Mahnruf an Karl Kautsky und an die deutschen Sozialistenführer) Sonderdruck aus der Zeitschrift: Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld, -1924
- Langelütke, Hans, Tauschbank und Schwundgeld, als Wege zur zinslosen Wirtschaft - Vergleichende Darstellung und Kritik der Zirkulationsreformen P.J.Proudhons und Silvio Gesells, 1925, Jena, Verlag von Gustav Fischer, (Kritik dazu in: Hochstetter, Geld und Kredit, 2. Auflage)
- Onken, Werner, Karl Marx und Silvio Gesell, als Manuskript in zwei Teilen gedruckt, Vertrieb durch: Druckgemeinschaft Dritter Weg, Postfach 475, 5200 Hildesheim
- Diehl, Emil Georg, Zwei Berufs-Ökonomen und ein Außenseiter - Keynes, Friedman, Gesell - 1977, Chr. Gauke Verlag, 551 o Hann.-Münden 1
- Walker, Karl, Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie (1962) 1973, Rudolf Zitzmann Verlag

#### 4. Monetäre Geschichtsbetrachtung

Schwarz, Fritz, Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker, 2 Bände, 1945,  
Genossenschaft Verlag freiwirtschaftlicher Schriften, Bern

#### 5. Einführung für Laien

Noebe, Will, Um die Güter der Erde  
Schliephacke, Bruno P., Der Suppentopf des Volkes, 1954,  
Verlag der Hessischen Lesebuchstiftung, Wiesbaden

#### 6. Zu Einzel- oder Zeitproblemen

Walker, Karl, Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung, Dritte Auflage 1932  
" " Konjunkturpolitische Betrachtungen, 1961  
" " Neue Europäische Währungsordnung, 1962  
Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf

Binn, Felix G., Grenzen der Marktwirtschaft  
" " Konsequenter Monetarismus, 1976  
Chr. Gauke Verlag

#### 7. mit besonderer Prägung (durch die Anthroposophie und Anthropologie)

Vogel, Heinz Hartmut, Jenseits von Macht und Anarchie, 1963  
Vogel, Lothar, Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus, 1975  
Vertrieb durch: Seminar für freiheitliche Ordnung... e.V.,  
Bosler-Weg 11, 7525 Eckwälden / Bad Boll

#### 8. zu Personen

Blüher, Hans u.a. Silvio Gesell - Zeitgenössische Stimmen zum Werk und Lebensbild eines  
Pioniers, 1960, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf  
Uhlemayr, B. Silvio Gesell, 1931, Die Neue Zeit Verlag  
Lindner, Ekkehard u.a., Gedenkschrift zum Tode von Karl Walker  
1976, Chr. Gauke Verlag, Kann.-Münden

#### Zeitschriften

Fragen der Freiheit - herausgegeben vom Seminar für Freiheitliche Ordnung ... e.V.,  
Eckwälden/Bad Boll

mensch-technik-gesellschaft - Zeitschrift für Sozialökonomie  
Chr. Gauke Verlag, Hann.-Münden

evolution - Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft, Postfach 73, CH 8051 Zürich

telos - Die Welt von morgen, Telos Verlag Dr. Will Noebe, Berlin W 30

## II. Bemerkungen über Verleger und Autoren freiwirtschaftlicher Schriften

---

---

Die große Mehrzahl freiwirtschaftlicher Schriften und Bücher wurde sicherlich nicht geschrieben, um damit Geld zu verdienen, sondern in der Vorstellung, kurz- oder langfristig damit Einfluß auf die gesellschaftliche Gestaltung zu nehmen.

Häufig wurden Schriften im Selbstverlag oder in Kleinverlagen herausgegeben. Im Laufe der Jahrzehnte wurde Erstaunliches an Geld und Zeit von Einzelpersonen und Kleingruppen investiert, um eine konkrete Utopie von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zu realisieren. Es ist sicher nicht verwunderlich, daß neben Leistungen, die auch nach Jahren des Abstandes noch bewundernswert sind, auch Fragwürdiges produziert wurde.

Wer Zugang zur Freiwirtschaftstheorie bekommen will, muß ein Minimum an Toleranz mitbringen und ist auch genötigt, hier und dort verstaubtes Vokabular selbst in die heutige Sprache zu übertragen.

Verleger und Autoren freiwirtschaftlicher Schriften sind selten politisch mit dem Links-Rechts-Schema einzuordnen. Elemente radikaler Sozialisten, pazifistischer Anarchisten, bodenständiger Wert-Konservativer und in die Wolle gefärbter Liberaler vereinigen sich mit unterschiedlichem Gewicht in ihnen.

Der Verleger Dr. Will Noebe war aufgrund seiner Überzeugungen 7 1/2 Jahre politischer Gefangener des N.K.W.D. in Ostdeutschland und Sibirien. Er schreibt in seinem kleinen Buch „Wie es wirklich war“ (Telos-Verlag Berlin W 50) Seite 5: „Wir wurden zu 'Verbrechern', weil wir für die Freiheit kämpften. Doch das, was man heute so leichtin 'Freiheit' nennt, ist nicht das, wofür wir jene todumdrohten Jahre durchlitten.“

Noebe schreibt in einem Nachdruck der Schrift von Gesell mit dem Titel „Die Wunderinsel - Der verblüffte Marxist“: „In Deutschland selbst war die freiwirtschaftliche Bewegung bereits 1933 von der NS-Regierung verboten worden, weil sie ihrem Wesen und Wirken nach schärfste Gegnerin der Diktatur war und ist.“

Eine mit großem Mut von Wilhelm Radecke und Karl Walker u.a. in einem der größten Säle Berlins kurz vor dem Regierungsantritt Hitlers veranstaltete freiwirtschaftliche Versammlung mit dem Titel „Ohne Hitler ins Dritte Reich“ wurde von der SA gesprengt. „Kurz darauf setzten schlagartig im ganzen Lande Vernehmungen, Beschlagnahmen und Terrorakte gegen rund 2000 Mitglieder der freiwirtschaftlichen Bewegung ein... Eine wohl nie mehr feststellbare Zahl von Gesell-Freunden wurde in Konzentrationslager überführt. Von einigen ist bekannt, daß sie dort umgekommen sind; von Dr. Uhlemeyer weiß man, daß er auf offener Straße erschlagen wurde, von anderen fehlt jede Spur. Fast das Gleiche wiederholte sich dann Anfang 1948. Nur war es dann das NKWD, das nach umfangreichem Spitzeldienst zuschlug...“

Der Verleger Rudolf Zitzmann, dessen Vater bereits als Freisinniger für eine bessere Gesellschaftsordnung gekämpft hat, hat noch vier Jahre nach dem Verbot der freiwirtschaftlichen Organisationen durch die Nationalsozialisten z.B. die o.a. Bücher von Hochstetter herausgebracht. Er mußte für seinen Einsatz 65 Monate im Konzentrationslager büßen. Für den Schaden an Freiheit erhielt er pro Monat KZ-Haft DM 150,—. Um eine Entschädigung für den Schaden an Eigentum und Vermögen kämpft er heute noch. Wenn ich die Aussage dieses

Verlegers, er sei vom CDU-Staat in seiner verlegerischen Tätigkeit mehr behindert worden als vor der Inhaftierung durch die Nazis wiedergebe, so will ich damit keine parteipolitische Aussage machen, sondern darauf hinweisen, daß zu allen Zeiten um die Freiheit gerungen werden muß. Ich selber vermute, daß Zitzmann nach dem Krieg auch deshalb auf Widerstand gestoßen ist weil er erfolgreich die FKK-Zeitschrift "Helios" herausgegeben hat. Wer von den jungen Zeitgenossen denkt heute beim Konsum erotisch freizügiger Literatur daran, daß auch diese Freizügigkeit errungen, erkämpft worden ist?

Der Verleger Christoph Gauke wurde zu einem Zeitpunkt Verleger, als der Begriff „Freiwirtschaft“ noch ein Fremdwort für ihn war. Er ist einer der wenigen in der heutigen Zeit, die die relativ sichere Position des Angestellten aufgeben, weil sie vom Reiz unternehmerischer Gestaltung angezogen werden. Er ist als jüngster bundesrepublikanischer Verleger gestartet, aber auch sicher als Kapitalschwächster. Es ist ihm Erfolg zu wünschen, damit wir ein ermunterndes Beispiel für weitere junge Menschen mit unternehmerischen Fähigkeiten bekommen.

-

### Kontakt-Adressen

Anmerkung vom Februar 2004:

Die Kontaktanschriften, die ich 1977 hier angegeben habe sind nicht mehr aktuell. Die gleiche Aussage gilt auch für meine Literaturliste von 1977, die ich vermutlich nach dem eigenen Bestand angefertigt habe. Heute läßt sich einiges im Internet finden. Ich gebe nachfolgend nur eine Anschrift an:

Freiwirtschaftliche Bibliothek  
- Wissenschaftliches Archiv -  
Steenkamp 7  
D 26316 Varel

### Quellen und Anmerkungen zum ersten Teil

folgen aus technischen Gründen auf der nächsten Seite

---

1) a) Dazu. einen Auszug aus der Gedenkrede des Bürgermeisters Strobl von Wörgl, gehalten am 28. August 1976 aus Anlaß der Denkmalsenthüllung für den Bürgermeister Unterguggenberger (Bericht der "Wörgler Rundschau" Nr. 56 vom -1.9. 76, wiedergegeben in der Zeitschrift "evolution"):

..."Im Weltwirtschaftskrisenjahr 1932 setzte jedoch Bürgermeister Unterguggenberger eine Tat, die die Welt aufhorchen ließ. Bürgermeister Michael Unterguggenberger versuchte durch die Ausgabe von beständigen Arbeitswertscheinen, des sogenannten 'Schwundgeldes', nach der Theorie Silvio Gesells, der ausweglosen Finanzlage der Gemeinde und der ständig steigenden Arbeitslosenzahl Herr zu werden.

Die getroffenen Maßnahmen beruhten auf der Überlegung, daß der langsame Geldumlauf die Hauptursache der Wirtschaftslähmung ist und jede Geldstauung eine Warenstauung und die Arbeitslosigkeit bewirke. Bürgermeister Unterguggenberger wußte, daß das Geld das Blut des Wirtschaftskörpers ist und daß dieses Blut gleichmäßig und stetig durch die Wirtschaft fließen muß. Um nun den steten Umlauf des Geldes zu sichern und zu beschleunigen, wurden Arbeitsbestätigungsscheine herausgegeben, deren Inhaber monatlich 1 % des Wertes als Notopfer in Form einer Klebe-Marke zu entrichten hatten. Das genügte, um die Scheine schnell von Hand zu Hand wandern zu lassen. Das Geld rollte! Außerdem wurde auch eine Rücklaufsteuer eingehoben. Wer Arbeitsscheine nicht zur Zahlung im Orte verwendete und diese gegen Noten der offiziellen Währung umtauschen wollte, mußte 2 % des Nennwertes von jeder Note als 'Arbeitsbeschaffungsbeitrag' zurücklassen. Schon bald nach der Einführung dieses Geldes zeichnete sich ein Erfolg ab, der ständig zunahm und großes Aufsehen erregte. Viele andere Gemeinden beschlossen dem Wörgler Beispiel zu folgen und zahlreiche österreichische und deutsche Städte und Gemeinden schickten Vertreter nach Wörgl, die an Ort und Stelle den Verlauf der Aktion und die Ursachen zu dem "'Wunder von Wörgl'", wie man seinerzeit sprach, studieren wollten.

Auch die amerikanische Presse und der Rundfunk beschäftigten sich mit der Wörgler Aktion. In Wörgl selbst wurden mit diesem Schwundgeld verschiedene Bauvorhaben realisiert, u.a. wurde die Wildschönauer Straßenbrücke über den Wörgler Bach gebaut, die heute noch den Hinweis trägt: 'Erbaut mit Freigeld im Jahre 1935 von der Gemeinde Wörgl'. Die Arbeitslosigkeit ging zurück, eine örtliche Kaufkraftverstärkung setzte ein und die Gemeindesteuern, ja selbst Rückstände, wurden bezahlt. Das örtliche Wirtschaftsleben schien zu gesunden. Leider wurde die Wörgler Aktion bereits anfangs des Jahres 1933 von der Regierung mit der Begründung eingestellt, daß eine Verletzung des Banknotenprivilegs der Nationalbank vorläge.

Der Nachfolgebürgermeister, Landtagsabgeordneter Martin Pichler, schrieb im Jahre 1936 in seinem Nachruf für Michael Unterguggenberger: 'Unvergängliche Erinnerungen und ein nicht geringes Verdienst um Wörgl hat sich Unterguggenberger als Freiwirtschaftlicher erworben mit dem Versuch, durch Einführung des Schwundgeldes die finanzielle Notlage der Gemeinde zu bannen...'. U.a. führt er auch aus: 'Nicht nur in Europa, sondern auf dem ganzen Erdball richteten sich die Blicke auf die kleine und mutige Gemeinde, die damit aus eigenem heraus ihren Haushalt in Ordnung zu bringen sich bemühte.' In der Broschüre 'Freiheit und soziale Gerechtigkeit', herausgegeben im März '1976 vom Verlag Neues Leben, wird zum Ende der Wörgler Aktion und deren Bedeutung angeführt: 'Zuerst unternahm die Regierung nichts gegen dieses Experiment, weil sie glaubte, eine solche Utopie würde sich in der Praxis von selbst totlaufen. Als aber nach Jahresfrist rund 150 Bürgermeister in Österreich, von dem großen Erfolg in Wörgl stark beeindruckt, beschlossen, das 'Wörgler Geld' in ihren Gemeinden ebenfalls einzuführen, schritt die Regierung ein. Sie kapitulierte vor der internationalen

---

Hochfinanz, die in diesem Wörgler Beispiel eine große Gefahr für sich witterte. Wäre die Regierung damals nicht vor den mächtigen Finanzkreisen zurückgewichen, hätte sie fünf Jahre später auch nicht vor Hitler kapitulieren müssen."...

b) Richard Batz schreibt in der 1933 veröffentlichten Schrift "Mensch und Maschine" (sie wird später nochmals zitiert) S. 5. und 6: "Die Tauschgesellschaft hat unter der Führung ihres Obmannes Hans Timm zum erstenmal versucht, die im Folgenden entwickelten Gedanken auf dem Wege der Selbsthilfe der ihr angeschlossenen Mitglieder in die Praxis zu übertragen, nachdem alle Versuche, den Regierungen und Parteien die Bedeutung der Gesellschafts Reformvorschläge nahezubringen, trotz der katastrophalen Wirtschaftslage und der jämmerlichen Hilfslosigkeit aller verantwortlichen Stellen fehlgeschlagen waren.

Als das Werk der Tauschgesellschaft durch seine Erfolge - u.a. die Wiederingangsetzung eines lange Zeit bereits stillliegenden Braunkohlenbergwerkes - die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken begann, wurde es am 30. Nov. 1931 unter der Regierung Brüning durch eine Verordnung des damaligen Reichsfinanzministers Dietrich verboten. Doch die Aktion der Tauschgesellschaft (Wära-Aktion) ist nicht tot. In Österreich wurde sie durch den Bürgermeister Unterguggenberger aufgegriffen und unter ihrem Einfluß lebte das kleine Städtchen Wörgl - inmitten des allgemeinen Niederganges - sichtbar auf. In den Vereinigten Staaten haben 20 Städte auf Empfehlung des amerikanischen Währungstheoretikers Irving Fisher Notgeldbons der in dieser Schrift entwickelten Art herausgebracht. Und auch in Deutschland wird mit Naturnotwendigkeit der Zeitpunkt kommen, an dem man erkennen muß, daß der Weg zurück nicht ins Paradies, sondern ins Verderben führt und man daher den Weg vorwärts freigegeben müssen."

2) Vgl. "Der Wandel in den Büros - Auswirkungen von Krise und Arbeitslosigkeit auf die Angestellten und die Büroarbeit" von Ulrich Briefs in WSI Mitteilungen, Heft 4/77 S. 223 ff.

3) Es gilt noch in der wirtschaftspolitischen Diskussion ein großes Mißverständnis auszuräumen. Es wird immer wieder gesagt, der Gewinn sei für die Investition, der Lohn für den Konsum. Abgesehen davon, daß beim Gewinn nicht zwischen Unternehmerlohn und Kapitalertrag unterschieden wird, ist es für die Vollbeschäftigung wesentlich, daß alle Einkünfte im Markt als Nachfrage erscheinen. Für eine nicht aufgepfropfte, organisch aus dem Marktprozeß wachsende Vermögensbildung ist es erforderlich, daß 1. die Lohnquote wächst und 2. daß ein größer werdender Teil dieser Lohnquote den Weg in die Investition findet.

4) Siehe dazu Walter Eucken "Grundsätze der Wirtschaftspolitik" S. 175

5) Karl Walker: "Milliardenvergeudung durch Mehrwertsteuer", Holsten-Verlag

6) Kriminalfilme sollten hier nicht als Quelle dafür dienen, daß diese Art "Steuererhebung" durch Gangster tatsächlich vorkommt.

- 
- 7) Prof. Dr. F. Binn: "Arbeitsplätze durch Steuerehrlichkeit des Staates" in :SG-Kommentare zum wirtschafts- und sozialpolitischen Zeitgeschehen, März 1977
- 8) Als Geste des Respektes gegenüber der Frauenbewegung wird in diesem Beitrag die Bezeichnung "man/frau" für die männliche und weibliche allgemeine Öffentlichkeit aus deren neuerer Literatur in leicht abgeänderter Form übernommen. An dieser Stelle meines Textes bleibt aber das "man" einsam, denn Frauen haben leider in der Wirtschaftspolitik so gut wie keinen Einfluß.
- 9) Eine Befragung von Industrieunternehmen im September 1976 mit einem vom Sachverständigenrat erarbeiteten Fragebogen durch die Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim ergab bei der Auswertung der Angaben von 855 Unternehmen, die im Kammerbezirk 87 % der industriellen Arbeitnehmer beschäftigen, folgendes Bild:

Rangziffern der Gründe für die Nichteinstellung von Mitarbeitern - in der Gesamtindustrie

Gründe für die Nichteinstellung	Anzahl der Betriebe mit den Rangziffern					
	1	2	3	4	5	6
gedämpfte Absatzerwartung auf mittlere Sicht	109	25	11	6	1	-
Rationalisierung	98	59	19	9	-	1
Schwierigkeiten bei Entlassungen	40	44	57	16	2	-
Lohnkostendruck	51	62	54	5	2	-
Umweltschutzaufgaben	19	8	7	8	5	3
mangelnde Erweiterungsmöglichkeiten	25	10	5	4	3	4

*Quelle; "Dauerarbeitslosigkeit in der Industrie", herausgegeben von der IHK Hannover-Hildesheim*

- 10) Anzumerken bleibt an dieser Stelle, daß mit freiwirtschaftlicher Konjunktursteuerung unsere Volkswirtschaft auch ohne Kernkraftwerke in der Konjunkturlage Vollbeschäftigung zu "fahren" ist.
- 11) Hier wäre die Finanzierungsquelle für das von der CDU geforderte Erziehungsgeld für Mütter mit Kleinkindern (HAZ vom 1.6.77), das von der Koalitionsregierung SPD/FDP aus Geldmangel abgelehnt wird (HAZ 2.6.77).



---

12) Die Marktwirtschaft ist ein dezentrales, dem einzelnen Wirtschaftssubjekt ein Maximum an Freiheit und Minimum an Macht gewährendes Kooperations-, Koordinations- und Kommunikationssystem. Der Kapitalismus ist die Möglichkeit von Einzelnen, Gruppen oder Staaten aufgrund natürlicher oder künstlicher Monopole (Boden, Geld, Zollgrenzen) Teile des Arbeitsertrages ohne Gegenleistung auf sich zu übertragen.

Der Kapitalismus ist systemunabhängig, er hat in der Zentralverwaltungswirtschaft, für die sich der Kommunismus entschieden hat, nur eine andere Gestalt. Die Monopole des Staates sind dort zahlreicher. Geld und Boden sind Primärmonopole, wobei das Geld ein künstliches, der Boden ein natürliches Monopol ist. Da der dem Geld zuzuordnende Zins einerseits arbeitsloses Einkommen (also eine Ausbeutungsrate) darstellt, andererseits aber ein Preis für die Überlassung von Krediten ist, hat es wenig Sinn, den Zins mit Verboten bekämpfen zu wollen. Der Zins behält auch noch seine Preis-(Lenkungs-)funktion, wenn er um 0% herum pendelt oder wenn er negativ wird. Die dem Bodenmonopol zuzuordnende Bodenrente wird nicht durch eine Verstaatlichung des Bodens allein aufgehoben. Die Bodenrente läßt sich nicht exakt für die einzelne Parzelle ermitteln und abschöpfen, wenn es keinen Wettbewerb um die Bodennutzung gibt.

Zölle sind einerseits Finanzquellen des Staates, dienen aber in erster Linie dazu, die Geld- und Bodenrente abzusichern. Durch Zölle werden inländische Konsumenten und ausländische Produzenten (z.T. vorwiegend solche aus den Entwicklungsländern) ausgebeutet. In Ländern mit zentralverwaltungswirtschaftlicher Ordnung (auch wenn sie sich demokratischer Zentralismus nennt) kommen zu den oben genannten Monopolen weitere, die zur Ausbeutung führen, wie z.B. die Lohnzumessung (Lohndiktat) des Staates und die Aufhebung bzw. Einschränkung der Freizügigkeit und der Berufswahl.

Hier sind nicht alle Wirtschaftssubjekte über das Kommunikationssystem "Markt" an der Bewertung einzelner Leistungen beteiligt, sondern nur wenige Techno- bzw. Bürokraten. Im Extremfall wird das Wirtschaftssubjekt auf einen Arbeitsplatz verpflichtet, der nicht seinen Neigungen oder Fähigkeiten entspricht und dessen Arbeit außerdem unterbewertet wird. Die Differenz zwischen solcher Art zustande gekommener Löhne und den Löhnen, die Arbeitnehmer erhalten, die bei Vollbeschäftigung, freier Preisbildung, freier Wahl der Tätigkeit und des Ortes (an dem die Arbeit zu erbringen ist) vereinbart werden, ist eine Ausbeutungsrate.

Monopole finden wir aber auch in harmloseren Formen, wie z.B. der Zwangsmitgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern und der Form des Gebietsschutzes für Schornsteinfeger. Schwieriger ist es, unser Patentrecht als Gebärmutter für Monopole zu entlarven.

Vergleiche auch zum Thema Ausbeutung den Aufsatz von Hugo Sieber, Universität Bonn, mit dem Titel "Ausbeutung - ein kapitalistisches 'Privileg'?" (Neue Züricher Zeitung, 5./6. 12. 76, wiedergegeben in "Darmstädter Blätter - wir lesen für Sie", 2/77). Sieber begeht in seiner Untersuchung aber den Fehler, daß er den Begriff Ausbeutung auf Lohn-, Zins-, Preis- und Mietwucher reduziert, weil in den kapitalistischen und kommunistischen Staaten in gleicher Weise vorkomme, was die Kapitalismuskritiker Ausbeutung nennen.

13) Vergleiche dazu Otto Conrad "Todsünde der Nationalökonomie", Leipzig und Wien 1934 (Ich komme im zweiten Teil noch darauf zurück.)

---

14) Dr. Heinrich Irmeler "Stabilität als Aufgabe und Verantwortung" in Deutsche Bundesbank - Auszüge aus Presseartikeln Nr. 52 vom 26.5. 77.

15) In der Freiwirtschaftsschule wird seit 1915 die leichte Inflation als Stimulanzmittel der Konjunktur behandelt. Von Dr. Theophil Christen wurde ein System der Doppelwährung (Festmark und Zahlmark) entwickelt und 1920 unter dem Titel "Das Geldwesen - ein dynamisches System" im Pestalozzi-Haus, Bern, veröffentlicht. Werner Zimmermann beschreibt in "Geld + Boden", Humanta Verlag, auf Christen eingehend die Wirkung der leichten Inflation auf Seite 79 so: '

"Die kleine laufende Geldvermehrung bringt alle Leistungsenergien des Marktes zum Einsatz. Sie ist das Erfolgsgeheimnis des Wirtschaftswunders der Freiheit." Es ist nicht auszuschließen und kein Einzelfall, daß freiwirtschaftliches Gedankengut ohne Bezugnahme auf die geistigen Quellen in die praktische Politik eingeflossen ist. Wahrscheinlicher ist aber, daß der Erfolg der Erhardschen Konjunkturpolitik auf den systemwidrigen fixierten Wechselkursen beruhte (Welche Ironie!), die aufgrund der Unterbewertung der Deutschen Mark eine laufende Zunahme der Geldmenge im Inland mit sich brachte.

16) Silvio Gesell, "Die natürliche Wirtschaftsordnung" 9. Auflage Lauf bei Nürnberg, 1949, S. 34-37. Gesell zitiert Proudhon aus der neuen Ausgabe (Jahr?) von *Qu'est-ce que la propriété?* Der Verlag für Sammler in Graz, Österreich hat 1971 einen photomechanischen Nachdruck der Ausgabe Berlin 1896 in deutscher Sprache unter dem Titel "Was ist Eigentum?" herausgebracht.

17) S. Wendt, „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“, Sammlung Göschen, Band 1194, S. 66 > Anmerkung Feb. 2004: 1819 muß ein Übertragungsfehler sein. <

18) Karl Walker "Die Technik der Umlauf Sicherung des Geldes", Vita-Verlag', Heidelberg-Ziegelhausen 1952.

19) siehe Karl Walker "Das Buchgeld", Vita-Verlag, und "Neue Europäische Währungsordnung", Rudolf Zitzmann-Verlag

20) Das Horten zu verbieten, dürfte sinnlos sein, denn kein Staat könnte die Einhaltung des Verbotes kontrollieren. Nur wenn das Horten verboten wäre, wäre der Ersatz der ausgefallenen Nachfrage durch neugeschaffenes Geld oberflächlich gesehen berechtigt. Da die illegitime Geldschöpfung und damit die illegitime Nachfrage aber in jedem Fall auch die legitimen Ansprüche an den Markt verwässern, gibt es keine rechtlichen und ökonomischen durchgreifenden Argumente, weder für das Verbot des Hortens noch für die illegitime Geldschöpfung. Das Horten muß mit ökonomischen Mitteln verhindert werden.

---

Ein Schlüsselsatz von Karl Walker in seiner letzten Arbeit "Das Welt-Währungssystem, eine Kritik an den theoretischen Grundlagen und ein Entwurf zur Reform" lautet:  
„Einziges Kriterium für eine stabilitätspolitisch korrekte Geldschöpfung kann nur sein, keinen zu Geld kommen zu lassen, der nicht selbst- oder durch einen Dritten (Kreditgeber) etwas geleistet oder geliefert hat. Die Einschleusung leerer Ansprüche muß aufhören.“  
Seite 56 im Manuskript. (Karl Walker ist am 5.12. 1975 gestorben. Die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V. will das Manuskript in Zusammenarbeit mit dem Chr. Gauke Verlag, Hann.Münden, veröffentlichen.)

21) a) "Der Vorschlag, die Anwendung arbeitseinsparender Verfahren abzubremsen, ist absurd: Man würde technisch überflüssige Arbeit weiter verrichten und mit viel Anstrengung etwas tun, was mit wenig Anstrengung ebensogut gemacht werden könnte." Harry Hoefnagels "Nur ohne Kapitalismus, " Die Zeit, Nr. 26, 17.6. 77

b) Das Argument, die Arbeitslosigkeit sei eine Folge der Rationalisierung, ist nicht neu. Richard Batz setzt sich damit bereits 1933 in der Schrift "Mensch und Maschine" (Stirn Verlag, Leipzig) auseinander. Der Titel ist die Antwort auf die damalige Fragestellung "Mensch oder Maschine". Ob die voranschreitende Rationalisierung unter dem Aspekt der Selbstverwirklichung des Menschen immer sinnvoll ist, ist keine ökonomische Frage. Wir brauchen aber ökonomische Verhältnisse, die dem Menschen, als Subjekt der Wirtschaft, eine freie Wahl zwischen mehr oder weniger Rationalisierung ermöglichen.

22) Das freiwillige Urlaubsjahr wird sich für viele Arbeitnehmer- nicht so leicht realisieren lassen, weil im Regelfall privatrechtliche Bindungen (Arbeitgeberdarlehn, Zusatzversorgungskassen) bestehen, die einer Neuregelung bedürfen und weil unter den Arbeitslosen nicht immer Ersatzfrauen und -männer vorhanden sind. Zudem müßten die Ersatzleute sich mit einem Zeitvertrag von jeweils einem Jahr begnügen.

23) Immerhin hat die Bundesregierung und der Sozialausschuss der CDU Bedenken gegen die Pläne des CDU-Präsidiums angemeldet, die beinhalten, daß das Rentenalter vorübergehend herabgesetzt werden soll. Der Willkür scheint in Bonn und anderen Stätten des Regierens Tür und Tor offen zu stehen.

Wünschenswert wäre, daß jeder Werktätige den Zeitpunkt seiner Pensionierung (mit entsprechend niedriger oder höherer Rente) selbst bestimmt. Dies ist aber nicht möglich in einem Sozialversicherungssystem, das aus der vordemokratischen, kaiserlichen Zeit stammt und die Freiheit der Person noch nicht berücksichtigt.

24) Wenn ich mich richtig entsinne, behandelt Hartmut von Hentig dieses Thema in seinem Buch "Die Wiederherstellung der Politik", Klett / Kösel, Stuttgart / München 1975)

N.S. Ich habe noch einmal nachgesehen. Im Kapitel "Mehr Selbstbestimmung durch mehr Freizeit?" sind anregende Gedanken zum Thema niedergeschrieben.

25) In der Frankfurter Rundschau vom 25.6. 77 wurde folgende Aufstellung veröffentlicht:

---

## WAS KOSTET EIN ARBEITSLOSER?

<u>Zahlung von:</u>	<u>DM / Jahr</u>
Arbeitslosengeld. (durchschn. 759 DM Monat)	9110
Beiträgen zur Krankenversicherung	2500
Ausfälle von:	
Beiträgen zur Rentenversicherung	3370
direkten Steuern	2410
indirekten Steuern	750
Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung	<u>370</u>
Summe	18510

26) Das Gut, das der Dieb dem Eigentümer stiehlt, kann man/frau auch als ein Solidarbeitrag an den NICHT EIGENTÜMER betrachten. Diebstahl brauchte nicht mehr bestraft zu werden, global gesehen würde sich die volkswirtschaftliche Vermögensbilanz ja nicht ändern. Im übrigen würden die Eigentümer, wenn sie die Beifügung "ehemalige" benutzen müßten, bei Bedarf bei den Dieben klauen. Zuletzt wüßte keiner mehr, wer Dieb und wer Eigentümer ist. Wir hätten dann die Vollkommenheit heutiger staatlicher Globalsteuerung auch gesellschaftlicherseits eingeführt.

Der Hinweis auf den Verfassungsschutz ist mehr ironisch gemeint, denn unsere Verfassungsschutzorganisation ist kein Organ zum Schutze der Verfassung sondern eine Staatsschutzorganisation. Verfassungsschutz kann im Grunde nur von kritischen Bürgern geleistet werden, die eine gute Portion Widerstandsgeist gegen staatliches Allmachtstreben entwickelt haben. Das ist eine psychologische Voraussetzung, die bei den beruflichen Verfassungsschützern, die ihr Brot vom Staate erhalten, nicht gegeben sein dürfte. Die Frage, ob unsere Parteien und Parlamente zu Erfüllungsgehilfen des Staatsapparates degeneriert sind, anstatt Organe zur Ausfüllung und Wahrung der Verfassung zu sein, ist leider nicht aus der Luft gegriffen.

27) abgedruckt in „Deutsche Bundesbank - Auszüge aus Presseartikeln“ Nr. 29 vom 13. 5. 77

28) Ich argumentiere hier nicht gegen das Anliegen von Sozialisten verschiedener Prägung, sondern stelle einfach fest, daß die Zentralverwaltungswirtschaft nicht ohne Unterwerfung der betroffenen Menschen funktionieren kann. Unter Knute verstehe ich auch die subtilen sozialen Zwänge, mit denen unter Hinweis auf die großen Ziele ein Wohlverhalten erzwungen werden kann.

29) Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer Wolfgang Herion, brauchte nicht solche Seiltänze bei der Erläuterung von der Nützlichkeit und Schädlichkeit des Egoismus aufzuführen, wenn die Rahmenbedingungen des Wirtschaftssubjektes stimmen würden. („Verspielen wir unsere Zukunft“ Quelle wie Endnote 27)

30) Es kann hier nicht untersucht werden, ob die Begriffe Eigennutz und Egoismus Synonyme sind oder nicht. Eigennutz wird hier jedenfalls so verstanden, daß die handelnde Person motiviert wird durch den erwarteten Nutzen für sich selber.

---

31) Nach mündlichen Aussagen eines Mitarbeiters eines Landesarbeitsamtes werden zu diesem Themenbereich geflissentlich keine Untersuchungen angestellt.

32) Ich benutze hier den etwas altertümlichen und für manchen Leser suspekten Begriff Aufzucht, weil es umfassender als Erziehung. Das Großziehen oder das Aufziehen hört sich auch nichtgut an. Aufzucht beinhaltet das, was der Duden - Synonymwörterbuch - mit dem Verb "großziehen" beschreibt.

33) Presseleute und Politiker setzen heute Anarchismus und Terrorismus gleich. Das ist aber grober Unfug. Genauso gut könnte man/frau Christentum mit Gewalt gleichsetzen, da diese im Laufe der Geschichte unendlich viele Male im Namen des Christentums eingesetzt worden ist.

Das Wesentliche des Christentums ist aber die Nächstenliebe. Das Wesentliche des Anarchismus ist die Herrschaftslosigkeit. Anarchisten haben mehr Zielvorstellungen als Programme und Techniken der Zielerreichung entwickelt und haben auch oft übersehen, daß die Herrschaftslosigkeit sich selbst durch Machtansammlung Einzelner aufhebt, wenn nicht durch ein Minimum an staatlicher Organisation ein Ordnungsrahmen gesetzt wird, der dieses verhindert. Die Liberalen und Anarchisten gehören insofern zusammen, weil beide Gruppen die Freiheit des Einzelnen betonen und die Liberalen mit dem von ihnen entwickelten Instrument Marktwirtschaft - das bei Vollanwendung die Macht atomisiert (nicht aufhebt) - den Anarchisten die Zielerreichung ermöglichen.

34) Die Ausbeute alter Texte hängt wesentlich davon ab, mit welchem theoretischen Instrumentarium man/frau die Arbeit anfaßt. Ein gutes Beispiel ist dafür die im 47. Kapitel des I. Buches Mose (ab Vers 13) beschriebene Ausbeutungstechnik. Ohne Kenntnis der freiwirtschaftlichen Theorie wird der wesentliche Inhalt dieses Textes leicht überlesen. Aber auch bei Marx und Engels haben die Marxisten vieles übersehen. Freunde von mir haben jedenfalls Texte aus den Marx-Engels-Werken ausgegraben, die den Formulierungen moderner Quantitätstheoretiker sehr verwandt sind.

35) Siehe Literaturhinweise

36) Wer nicht den Mut hat, in den genannten Institutionen als Außenseiter oder Spinner gebrandmarkt zu werden, der soll lieber seinen Mund halten, denn bezüglich der Aufnahme neuer oder bisher nicht bekannter Gedanken sind Gewerkschaften, Parteien und andere Institutionen allesamt konservativ.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

### Notiz vom Februar 2004

Diese Arbeit ist Ende 1977 entstanden als ich noch Mitglied im Landesfachausschuß für Wirtschaftspolitik der niedersächsischen FDP war. Meine Ausführungen als Arbeitspapier zu vervielfältigen wurde von der Mehrheit der Ausschußmitglieder abgelehnt. Ich habe damals am 18. 2. 1978 in einer Sitzung des LFA noch einen Text nachgeschoben.

Der Titel: „Plädoyer für die Diskussion der theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen“. Ich lasse diesen Text als nächstes auf meiner Internetseite folgen.  
TA